Der

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteure sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5gesp. Petitzeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche (Inserate) sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 6. Sonntag, den 8. Februar. 1903.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gefl. Beachtung! **Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt.**

Die Redaktion.

Einiges über die Lage der Tabakarbeiter Kölns.

In Köln ist die Tabakindustrie in allen Zweigen vertreten. Beschäftigt werden in den einzelnen Zweigen: Zigarrenfabrikation 70—80 Personen; Kautabakfabrikation 10—15; Rauch- und Schnupftabakfabrikation 150—170. In letzteren Branchen hat man es im allgemeinen nicht mit gelernten Arbeitern zu tun. Ueber die speziellen Verhältnisse derselben fehlen uns jegliche Angaben, trotzdem schon von verschiedenen Seiten versucht wurde, diese Arbeiter der Organisation zuzuführen. Das steht fest, die meisten Löhne stehen unter 2.50 Mk. pro Tag, bei einer Arbeitszeit von 10—11 Stunden. Die richtige Kautabakfabrikation wird von einer Firma betrieben. Bei dieser Kategorie von Arbeitern haben sich in letzter Zeit die Arbeitsverhältnisse verschlechtert. Hier fehlt auch jegliches Organisationsverständnis. Hoffentlich wird bei diesen Arbeitern bald eine bessere Einsicht Platz greifen.

Nun zur Lage der in der Zigarrenindustrie beschäftigten Arbeiter. Dieselbe hat sich von Jahr zu Jahr für die Arbeiter sehr verschlechtert. Es steht fest, daß keiner in der Lage ist, mit dem Verdienst in den Fabriken ein menschenwürdiges Dasein zu fristen; diese Tatsache wird mancher nicht gern hören, aber wir können nicht umhin, hier festzustellen, daß fast alle Nebenbeschäftigung treiben müssen. Der eine in dieser, der andre in jener Beziehung. Die Löhne pro Tausend sind stetig gesunken. Im Jahre 1887, also vor 14 Jahren, waren nur einzelne weibliche Arbeitskräfte, 3 an der Zahl, bei der Firma Du-Mont vorhanden. Allmählich wurden mehr, die einesteils angelernt, anderenteils von auswärts kamen, herangezogen; heute sind weit über die Hälfte weibliche Arbeitskräfte. Nicht daß wir prinzipiell gegen die Anstellung weiblicher Arbeitskräfte wären, daß wäre ungerecht bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen, aber der Selbsterhaltungstrieb zwingt uns, dafür einzutreten, daß unsre Leidensgefährtinnen nicht zum Lohndrücker werden gegen uns. Dies ist aber der Fall; systematisch wird in dieser Beziehung gewirtschaftet. Die Differenz in der Entlohnung beträgt pro Tausend 50 Pfg. bis 3 Mk., d. h. eine Arbeiterin bekommt für eine Arbeit, die auch der Mann macht, obigen Betrag weniger.

Die Arbeitsleistung ist dieselbe, auch der Verkaufspreis. Was mag zu diesem ungerechten Verhältnis die Triebfeder sein? Gelegentlich wurde von den Unternehmern gesagt, sie handelten so, damit sie die hohen Löhne an die männlichen Arbeiter noch zahlen könnten! Ausrede, nichts als Ausrede! Sind denn die Löhne der Männer seit Einführung dieses ungesunden Zustandes gestiegen? Nein! Es werden sogar einzelne Sorten heute von Männern billiger gemacht, wie früher. Die eigentliche Triebfeder der Unternehmer ist: profitieren und wieder profitieren.

In einer Fabrik in der Karthäusergasse ist es soweit gediehen, daß überhaupt keine männlichen Arbeiter mehr angenommen werden. Dort sind die Löhne um 20—35 Proz. gefallen. Strafen sind an der Tagesordnung; für zuviel gebrauchtes Deckblatt gibt es Lohnabzug. Löhne kommen wöchentlich vor von 10, 9, 8, sogar 7 Mk. Gewiß ist daran auch mit Schuld, wenn es an Material, z. B. an Wickeln fehlt; dann können die Arbeiterinnen nach Hause gehen oder Tabak entrippen. Der Unternehmer ist aber laut der Gewerbeordnung verpflichtet, für Akkordarbeiter für genügend Material zu sorgen oder für die übliche Arbeitszeit entsprechend zu entschädigen. Zum Tabakrippen sind die Arbeiterinnen nicht verpflichtet.

In sanitärer Beziehung ist in verschiedenen Fabriken noch manches im argen; mögen die Kollegen die bundesrätlichen Bestimmungen studieren; wenn Mängel vorhanden sind, auf deren Abstellung hinarbeiten, und wenn berechtigte Klagen vorliegen, wende man sich an den Vertrauensmann der Tabakarbeiter oder direkt an den Fabrikinspektor. Fast auf allen Fabriken sind mehr oder weniger Mißstände. Bei der Firma Odenthal soll das Tabaktrocknen im Arbeitsraum gang und gäbe sein. Dort sind sehr niedrige Lohnverhältnisse, 7.50 Mk. pro Tausend; auch sehr viel Nebenarbeit müssen die Kollegen ohne jegliche Entschädigung verrichten.

Ein besonders auffallender Mißstand bei der Firma Du-Mont ist die Gratislieferung von 30 Zigarren pro Tausend; man hat dies damit begründet, dies sei von alters her Brauch, die Firma müßte auch ihre Musterzigarren gratis liefern. Beide Begründungen sind rechtlich hinfällig, umsomehr, als es keine Rauchzigarren für die Arbeiter gibt, wie das überall üblich ist.

Daß aus diesen Zuständen für die Firma jährlich ein nettes Sümmchen herausspringt, ist sonnenklar. Wollen wir objektiv handeln, müssen wir auch das Gute herausstreichen. Das ist eine Weihnachtsbescherung, welche auch uralt ist bei dieser Firma. In diesem Jahre hat man den Arbeitern etwas andres geboten, statt wie bisher 20 bis 25 Pfund Bohnen gab es 25 Pfund Linsen.

Kollegen und Kolleginnen! Wollt Ihr die schlechten Verhältnisse durch Eure Gleichgültigkeit noch verschlechtern helfen? Wollt Ihr nicht mit uns kämpfen für menschenwürdigere Zustände? Wollte man alle Mißstände erörtern, könnte das Doppelte geschrieben werden; auf die Hauptmißstände glauben wir hingewiesen zu haben. Daß die Organisation ein Dorn im Auge der Unternehmer ist, ist sehr oft bewiesen, denn Werkmeister sowohl als Unternehmer sind bemüht, unsre Organisation zu vernichten. Sie mögen bei der ungünstigen Geschäftslage mehr Macht über uns haben; aber es bleibt nicht immer so, die Organisation blüht und gedeiht, die Einsicht der Kollegen und Kolleginnen gewinnt immer mehr die Oberhand. Es ist sehr bedauerlich, daß einzelne Auchkollegen den Werkmeistern resp. Unternehmern Helfersdienste leisten. Ein Mann von Moral ist dessen nicht fähig, er schädigt nicht die Interessen seiner Kollegen und damit auch seine eigenen. Infolge der Gleichgültigkeit der Arbeiter bei der Firma Du-Mont wurde die sogenannte Varina-Arbeit, pro Tausend für die Männer 8 Mk., für die weiblichen Arbeiter 7.50 Mk., wieder eingeführt. Damals war dieselbe durch die Organisation abgeschafft.

Kollegen! In Anbetracht der sich immer steigernden Ansprüche ist es geboten, sich über seine Verhältnisse zu orientieren. Wir rufen Euch zu: Hinein in die Organisation! Weg mit allen persönlichen Zwistigkeiten, nur für die Sache wollen wir arbeiten, das sind wir unsrer Familie schuldig. Wer es ehrlich meint, an diesem Werk mitzuarbeiten, der schließe sich dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband, Sitz Bremen, an. Mancher hat den Verband als Stütze gehabt und glaubt heute denselben nicht mehr notwendig zu haben. Die Gründe, welche hierfür beigebracht werden, sind sehr schwach.

Kollegen und Kolleginnen! Laßt Euer schädliches Fernhalten, laßt uns gemeinsame Sache machen, kommt in die Versammlung am 15. Februar im neuen Vereinslokale Arbeiter-Gesellschaftshaus, Severinstraße 197, Abends Punkt 5½ Uhr. Laßt Euch von keinem einschüchtern, zeigt, daß ihr Manns genug seid. Wer es ernst mit seiner Lage meint, der muntert seine Nebenarbeiter auf und sorgt für zahlreichen Besuch der Versammlung.

Hoch der Deutsche Tabakarbeiter-Verband!

Mit kollegialischem Gruß

Das Agitationskomitee.

J. A.: L. Klein.

Rundschau.

Die Reichstagswahlen sollen — wie offiziöse Zeitungen melden — schon Ende Mai stattfinden. Andre Blätter geben dagegen den 17. Juni an.

Das Kinderschutzgesetz wurde am 31. Januar in zweiter Lesung erledigt, kann also noch in dieser Session erledigt werden.

Den Tabakagrariern ins Stammbuch. Im Jahre 1901 wurden in Württemberg von 3769 Pflanzern auf 336,06 Hektar 7827,94 Doppelzentner Tabak geerntet, die einen Bruttogeldertrag von 375 327 Mk. ergaben. Gegenüber dem Vorjahr zeigt sich eine nicht unerhebliche Zunahme des Tabakbaues, nämlich bei den Pflanzern um 841 = 28,7 Prozent, bei der Anbaufläche um 78 Hektar = 30,2 Prozent, bei dem Ernteertrag um 1578,34 Doppelzentner = 25,2 Prozent und bei dem Bruttogeldertrag um 29 507 = 8,5 Prozent. Der Grund der Zunahme des Tabakbaues im Erntejahr 1902 liegt hauptsächlich in den wesentlich höheren Preisen, welche für den Tabak in den vorangegangenen zwei Jahren erzielt worden waren. Das Tabakgewächs des Jahres 1901 lieferte zwar ein ausgezeichnetes Zigarrenmaterial, das demjenigen des Vorjahres ebenbürtig zur Seite steht, ließ aber bezüglich der Gesundheit und Festigkeit des Blattes viel zu wünschen übrig. Infolge der oft ungenügenden und unzweckmäßigen Behandlung des Tabaks während der Hänge- und Trockenzeit und unter dem Einfluß feuchter Witterung wurde eine Menge Tabak am Dach krank, fiel ab und verdarb teilweise vollständig, so daß den Pflanzern Schaden erwachsen ist. Beschädigungen durch Hagelschlag kamen nur in vereinzelten Fällen vor, öfters war Mißwachs der Anlaß zu Steuernachlässen.

Gewerkschaftliches.

Augsburg. Wir ersuchen alle Kolleginnen und Kollegen, Augsburg bis auf weiteres zu meiden.

Blumental. Wir ersuchen die durchreisenden Kollegen, welche gesonnen sind, in Blumental in Arbeit zu treten, sich vorher bei dem 1. Bevollmächtigten D. Süßmann in Warfluth oder bei Otto Schmidt in Blumental, Feldstraße 204, erkundigen zu wollen. Die Arbeiter der Firma Wessel stellten infolge Lohnabzug die Arbeit ein.

Burgstädt. In der Zigarrenfabrik von E. Lange sind Differenzen ausgebrochen. Der Zuzug ist fernzuhalten.

Duisburg. Achtung, Kautabakarbeiter! Alle Kollegen, welche hier in Arbeit zu treten gedenken, wollen sich in ihrem eigenen Interesse vorher beim 1. Bevollmächtigten Johann Bemelaar, Duisburg, Neudorfer Str. 125, erkundigen.

Düsseldorf. Diejenigen Mitglieder, welche hier in Arbeit zu treten beabsichtigen, werden laut Beschluß der hiesigen Mitgliederversammlung ersucht, sich vorher mit dem 1. Bevollmächtigten Josef Leuther, Ratinger Straße 19, II. in Verbindung zu setzen.

Emmerich. Nach der Firma Heidemann ist Zuzug streng fernzuhalten wegen Lohndifferenzen. Alle Kollegen, welche gewillt sind, hier in Arbeit zu treten, werden ersucht, sich erst bei den Vertrauensmännern zu erkundigen über die Arbeitsbedingungen. — Die Sperre über die Firma Klassen ist aufgehoben.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

Emmerke b. Hildesheim. Die Arbeiter der Firma Gronau wurden entlassen, weil sie sich erlaubten, bessere Kost und Logis, sowie Innehaltung der bundesrätlichen Bestimmungen zu verlangen. Zuzug ist fernzuhalten.

Greiffenberg. Wegen Maßregelungen, die die Firma Golletz vornahm, ist der Zuzug nach dort fernzuhalten.

Hannover. Bei der Firma Bruns u. Söhne (Inh.: Winkelhof) in Wülfel (Kautabakfabrik) bestehen Differenzen. Die Kollegen wollen dies beachten und dementsprechend handeln. Auskunft erteilt Adolf Grethe, Hannover, Lange Str. 2.

Achtung, Jüterbog! Alle dortigen Kollegen und Kolleginnen, welche willens sind, hier in Arbeit zu treten, werden ersucht, erst Erkundigungen beim 1. Bev. H. Werner, Grünstr. 11a, einzuziehen. Ueber die Fabrik von Rettieg ist die Sperre verhängt.

Meißen. Wegen Lohndifferenzen ist der Zuzug fernzuhalten.

Der Vertrauensmann.

Potsdam. Wegen Maßreglung ist der Zuzug nach hier streng fernzuhalten.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

Schmölln. Den Kollegen allerorts zur Kenntnis, daß von heute ab die Sperre über Schmölln aufgehoben ist.

Die Verwaltung.

Achtung, Tabakarbeiter! Die Kollegen, welche gewillt sind, bei dem Cigarrenfabrikanten P. Barniol in Schönwalde (Oberfranken) in Arbeit zu treten, wollen sich in ihrem eigenen Interesse vorher bei Andreas Wickertsheim in Pößneck (Thüringen) über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse erkundigen. Auch ist der Vorstand in Bremen bereit, Auskunft zu erteilen.

Andreas Wickertsheim.

Wie uns mitgeteilt wurde, sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen bei der Firma J. Weißmann in Viernheim b. Mannheim derart schlechte, daß die Arbeit als unannehmbar bezeichnet werden muß. Wer dort in Arbeit zu treten gedenkt, hat sich vorher beim Vorstand in Bremen, Marktstr. 18, II, zu erkundigen. Mitglieder, welche dies unterlassen, erhalten keine Reiseunterstützung.

Bremen. Der Vorstand.

Zuzug von Sortierern ist nach Ohlau und Ratibor fernzuhalten. Bevor man in Berlin Arbeit annimmt, wolle man sich mit dem dortigen Bevollmächtigten in Verbindung setzen.

Bremen. Der Vorstand.

Krankenkasse und Zuschußkasse.

So lautet jetzt das Thema, und man sucht in verschiedenen Artikeln im Tabak-Arbeiter darzutun, daß die Krankenkasse auch unter andrer Form zu Grunde gehen muß, nur der Verband sei in der Lage, die Zuschußkasse zu halten. Glaubt denn wirklich jemand, wenn die Krankenkasse aufhört zu existieren und die Mitglieder derselben treten in die Zuschußkasse des Verbands ein, daß dann die Gesundheitsverhältnisse anders werden? Glaubt man wirklich, daß der Verband im stande ist, die Zuschußkasse unter allen Umständen, so wie es vorgeschlagen ist, zu halten? Dieser Hoffnung darf man sich nicht hingeben, der Stand der Zuschußkasse ist durchaus kein günstiger; man sehe nur die Abrechnung der drei ersten Quartale an und man wird sehen, daß durchaus kein Grund zum Jubel ist. Bei allen Abrechnungen habe ich bis jetzt noch nicht gefunden, welche Summe für Verwaltungszwecke ausgegeben wird.

	Eingegangen sind	Ausgegeben sind
	Mk	Mk
I. Quartal:	9 815.—	12 344.68
II. Quartal:	9 423.30	10 141.65
III. Quartal:	9 484.—	8 788.35
	28 722.30 Mk.	31 274.68 Mk.

Ausgabe: 31 274.68 Mk.
Einnahme: 28 722.30 „
Mehrausgabe: 2 552.38 Mk.

Leider ist auch hier keine Summe für Verwaltungszwecke angegeben, auch nicht die Zahl der Krankheitstage, sonst könnte man dieses leicht ausrechnen. Es besteht nun die Annahme, daß die Verwaltungskosten der Zuschußkasse auf die allgemeinen Verwaltungskosten mit übertragen werden; wäre dies der Fall, so bedeutete es eine Täuschung der Mitglieder; das dürfte aber nicht stattfinden, denn es muß auch der Schein einer derartigen Handlungsweise vermieden werden. Man wende mir nicht ein, daß ich den Verband verleumden will, nichts liegt mir ferner; aber ich will volle Klarheit in diesen Sachen, denn es ist notwendig, damit man den Ueberblick gewinnt, um festzustellen, ob es möglich ist, mit der angeführten Skala auszukommen. Bei jeder Gelegen-

heit wird die Behauptung ausgesprochen, die Mitglieder der Krankenkasse beleidigen und verleumden den Verband. Wann und wo ist denn von denselben, den Vorstand mit eingeschlossen, ein derartiges Vorgehen geschehen? Welche Gründe sollten denn dieselben haben, da sehr viele schon seit Jahrzehnten dem Verband als Mitglieder angehören. Man sollte sich doch erst überlegen, ehe man so etwas schreibt, ob es auch richtig ist. Im Gegenteil, durch das Vorgehen des Verbandsvorstands infolge seines Zirkulars ist der Kampf heraufbeschworen. Was hatte denn der Verband mit der Krankenkasse oder umgekehrt zu tun? Diese Frage ist von keiner Seite beantwortet worden. Man beschuldigt die Mitglieder der Krankenkasse und spricht von Beleidigungen, bedenkt jedoch nicht, daß sich dieselben nur ihrer Haut wehren, wozu dieselben doch berechtigt sind. Oder sollen sie sich etwa, ohne zu mucksen, jede Beschimpfung gefallen lassen? Ich will hier nur an die Ausführung des Kollegen Fröhlich erinnern. Dieser behauptet, der Kampf gegen den Verband würde nun wohl mit den unsaubersten Mitteln geführt werden. Welche Beweise hat derselbe denn dafür? Er beruft sich auf die Mannheimer Generalversammlung, daß dieselbe den § 4 der Statuten gestrichen hätte, um so den Tabakarbeitern die Möglichkeit zu nehmen, Mitglied zu werden.

Welchen Zweck hatte denn diese Bestimmung noch, nachdem die Kasse in eine selbständige Zuschußkasse umgewandelt war? Erstens sind Kassen, welche sich anschließen könnten, kaum noch vorhanden, und seit Jahren ist auch ein solcher Anschluß nicht mehr erfolgt, dann ist es aber für derartige Kassen selbstverständlich notwendig, sich einer Kasse anzuschließen, welche dem Gesetz vollständig entspricht. Die Behauptung des Kollegen Fröhlich, daß die Delegierten den Verband verleumdet und beschimpft haben, und zwar in einer noch nicht von ihm gehörten Art und Weise, trotzdem dieselben organisierte und aufgeklärte Arbeiter sein wollten, wird derselbe wohl beweisen müssen. Im Protokoll wird kein Mensch etwas Derartiges finden und da Kollege Fröhlich selbst Schriftführer war, so hätte derselbe doch nur seine Pflicht erfüllt, darauf zu dringen, daß eine derartige Handlungsweise in dasselbe aufgenommen worden wäre. Der Umstand, daß ein Kollege bei der Debatte erklärte, die Mitglieder würden nicht auf den Antrag, Anschluß an die Zuschußkasse, eingehen und auf die Bestimmung im Verbandsstatut hinwies, war doch keine Verleumdung, wohl aber eine irrige Annahme, welche auch sofort von verschiedenen Delegierten als solche zurückgewiesen wurde. Ich selbst habe dem Kollegen sofort zugerufen, daß eine solche Handlungsweise seitens des Vorstands ausgeschlossen sei, derselbe dürfe sich so etwas gar nicht erlauben. Daß der Kollege auf die Frage, einen derartigen Fall anzuführen, nichts erwidern konnte, war doch klar zu verstehen, da er es ja auch nicht behauptet hatte. Der Hinweis, daß in Zahlstellen der Krankenkasse von 3—400 Mitgliedern keine organisierten sind, ist auch schon vom Vorstand gemacht worden; ist denn aber die Krankenkasse daran schuld? Hat nicht der Verband Mittel zu Agitationszwecken bestimmt, und wenn dann kein Erfolg dort zu erzielen ist, so muß der Grund doch wohl ganz wo anders gesucht werden. Die Idee, im Falle einer Auflösung des Verbands die Zuschußkasse loszulösen und getrennt marschieren zu lassen, wird Kollege Fröhlich wohl, wenn dieser Fall eintreten würde, dann auszuführen nicht mehr im stande sein; dazu würde man uns wohl nicht lange Zeit lassen. Wer solche Befürchtungen hegt, der tut gut, sich beizeiten vorzusehen. Damit denke ich mit dem Kollegen Fröhlich fertig zu sein.

Wenn nun, wie behauptet wird, man die Mitglieder der Krankenkasse dem Verband resp. der Zuschußkasse zuführen will, so hätte man sich doch darüber klar sein müssen, praktische Vorschläge, wie diese Zuführung geschehen soll, zu machen. Zu diesem Zweck hätte der Vorstand jemand zur Generalversammlung schicken sollen; es wurde aber bedauert, daß es nicht geschehen. Die Annahme, daß Kollege Rauch in dieser Eigenschaft gekommen sei, war irrig, indem derselbe das unter dem Hinweis, daß er nicht mit dem Vorstand in Verbindung stehe, zurückwies. Hätte der Vorstand auf diese Weise gehandelt, so würde ein viel besseres Verhältnis erzielt worden sein. Die ganze unangenehme Bekämpfung war nicht nötig. Die Generalversammlung hat sich bemüht, den Weg zu ebnen, und man sollte jetzt, wo die Aussicht dazu da ist, die Vereinigung herbeizuführen, alle derartigen Anfeindungen einstellen. Zum Vorteil führt es nicht, indem auf beiden Seiten nur Erbitterung geschaffen wird. Unter allen Umständen ist es nötig, wenn man eine Vereinigung ernstlich sucht, der Krankenkasse ihre Angelegenheit in Ruhe ordnen zu lassen, um nicht das noch vorhandene Kapital vollends zu zersplittern. Den Einwurf, den auch der Vorstand macht, daß das Vermögen der Kasse nicht für den Verband in Betracht kommt, finde ich nicht richtig; ich denke gerade im Gegenteil, je größer dieses ist, desto besser für beide Teile; denn ich glaube nicht, daß die Zuschußkasse so gestellt ist, daß sie auf alles ohne weiteres verzichten kann. Die Lage derselben scheint mir nach der Abrechnung sehr ungünstig zu sein. Also wenn man sich im Ernst mit der Frage der Vereinigung beschäftigen will, dann vor allem praktische Vorschläge, wie dieselbe auszuführen ist, ohne einen der beiden Kontrahenten besonders zu schädigen.

Ed. Kröber. Barmbeck.

Avis für Löbau und den 8. Wahlkreis!

Einsender des Berichts aus Löbau in Nr. 5 des Tabak-Arbeiter ist Kollege Erbe; die Redaktion hat den Bericht nur stilistisch korrigiert. In dem Satze: „Nach langer heftiger Debatte wird Erbe" ꝛc., fehlte an Stelle des letzteren auffälligerweise jeder Name; die Redaktion konnte aber in Rücksicht auf die vorhergehende Angabe des Berichts, daß Kollege Böhmer die Kandidatur schriftlich niedergelegt habe und in der Versammlung nicht anwesend gewesen sei, zu keinem andern Schlusse kommen, als daß Erbe nunmehr von der Versammlung endgültig nominiert worden und die Auslassung des Namens im Bericht nur einem Flüchtigkeitsfehler zuzuschreiben sei.

Sollte Kollege Erbe, der sehr wohl im stande ist, einen genauen Bericht zu schreiben, absichtlich die Lücke bezüglich des Namens gelassen haben, dann hätte er die Redaktion mystifiziert. Von den Zerwürfnissen, die, wie Kollege Böhmer uns mitteilt, in Löbau bestehen, war uns bis zu dieser Mitteilung noch nicht das mindeste bekannt. Um so bedauerlicher ist zwar das gerügte Vorkommnis, aber es wird hoffentlich viel zur Klärung beitragen. Die Kollegen des Wahlkreises bitten wir, von dieser Erklärung Notiz zu nehmen.

Einen uns von andrer, außerhalb des Kollegenkreises stehender Seite zugesandten Bericht über Löbauer Vorkommnisse bringen wir nicht zum Abdruck.

Die Redaktion des Tabak-Arbeiter.

Berichte.

Köln. Am 4. Januar tagte im Lokale des Herrn Löffel eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Zahlung der Beiträge, Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Verbandsangelegenheiten; 3. Verschiedenes. Unter Punkt 2 wurde zunächst die Neuwahl des Vorortskomitees vorgenommen; gewählt wurden folgende Kollegen: Peter Gerten, Heinrich Bodart, Max Höflich. Sodann kam die Einberufung der Generalversammlung zur Sprache. Die Einberufung wurde begrüßt schon von dem Standpunkt aus, um endlich den Streit Vorstand kontra Sortiererverband aus der Welt zu schaffen. Kollege Klein führte in dieser Sache an, der Vorstand habe nicht richtig gehandelt mit so plötzlicher Entziehung des Publikationsorgans für die Sortierer, er stelle deshalb den Antrag, dem Vorstand ein Mißbilligungsvotum auszustellen. Kollege Gerten ersucht, den Antrag Klein abzulehnen, man solle das Verhalten des Vorstandes nicht zu stark verurteilen. Die Generalversammlung werde hoffentlich diesem, der ganzen Tabakarbeiterschaft schädigenden Streit ein Ende bereiten. Auch hoffe er, daß die Zeit, wo eine Verschmelzung beider Verbände stattfinde, nicht mehr allzu fern sei. Daraufhin lehnte die Versammlung den Antrag ab. Kollege Klein stellt weiter folgenden Antrag: Die Zahlstelle Köln beantragt zur Generalversammlung in Dresden Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Klein begründet den Antrag in eingehender Weise; er führt aus, die Befürchtungen der Gegner dieses Antrages, der Verband gehe zurück oder der Verband verliere den Charakter einer Kampfesorganisation, seien nicht stichhaltig. Andre größere Verbände bewiesen das zur Genüge; dort habe man mit solchen Einrichtungen gute Erfahrungen gemacht, selbst wo eine wesentliche Erhöhung der Beiträge sich notwendig machte, habe sich die Mitgliederzahl vermehrt und gefestigt. Kollege Höflich ersucht um Ablehnung des Antrags, es werde sich eine Erhöhung der Beiträge notwendig machen, der Beitrag sei jetzt schon hoch genug. Gerten und Klein traten dieser Ansicht scharf entgegen, beide betonten in längeren Ausführungen die Notwendigkeit der Arbeitslosenunterstützung, worauf der Antrag mit allen gegen 1 Stimme angenommen wurde. Weiter beantragt Klein: Der Vorstand ist verpflichtet, für die an den Grenzen des Reichs gelegenen Zahlstellen ein Reglement betreffs Auszahlung der Reiseunterstützung für die vom Ausland Zugereisten auszugeben, zur bessern Informierung der Bevollmächtigten. Klein führte dazu aus, es ergäben sich Unzuträglichkeiten, da die Bevollmächtigten selten der fremden Sprachen mächtig seien, dieser Mißstand solle durch seinen Antrag beseitigt werden. Die Versammlung nahm den Antrag einstimmig an. Kollege Gerten regte noch die Delegiertenfrage an, er meint, Köln dürfe diesmal auch wieder hervortreten, deshalb schlage er den bewährten Kollegen L. Klein vor. Klein wurde daraufhin als Kandidat für den 53. Wahlkreis einstimmig aufgestellt. Unter Verschiedenes wurde beschlossen, in kurzer Zeit zum Gewerkschaftshause überzusiedeln. Mit einer Aufforderung des 1. Bevollmächtigten, für die Ausbreitung des Verbandes tätig zu sein, wurde die anregende Versammlung geschlossen.

Oerlinghausen. Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei den Tabakarbeitern. Außer bei Kespohl u. Gronemeier hat auch seiner Zeit die Firma Reuter die Löhne herabgesetzt, aber versprochen, sie wieder zu erhöhen, sobald die Geschäfte besser gehen. Die Arbeiter haben sich damals mit diesem Versprechen zufrieden gegeben und die Lohnreduktion auf sich genommen. Wenn sie aber glaubten, die Firma würde nun ihr Versprechen einlösen, so haben sie sich gründlich getäuscht. Die Firma scheint der Meinung zu sein, daß, wenn sich die Arbeiter mit einer Lohnreduktion zufrieden geben, sie sich auch bei dem geringen Verdienst noch ganz wohl fühlen müssen. Dasselbe gilt auch für die Firma Büker. Diese Firma hat unterdessen schon drei Arbeiter mehr eingestellt, ein Beweis dafür, daß es auch hier in geschäftlicher Beziehung wieder besser geht. Aber ebensowenig wie bei Reuter, denkt man bei Büker daran, das gegebene Versprechen einzulösen. Dem Arbeiter den geringen Verdienst noch mehr zu schmälern, ist man schnell bei der Hand, jede Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage, und mag sie noch so gering sein, muß sich der Arbeiter aber erst mit großen Opfern und Entbehrungen erkämpfen. Beim Profit aber hört eben die sobiel gerühmte Loyalität des Unternehmertums auf. Dagegen hat die Firma Altenbernd, bei der die Arbeiter auch schon zwei Jahre bei Stückzahl arbeiten — jetzt können 500 Stück mehr geliefert werden — die Lohnreduktionen nicht mitgemacht, sondern den alten Lohn gezahlt. Auch ein Beweis dafür, daß nicht die angeblich schlimme Lage der Fabrikanten sie zu Lohnreduktionen zwingt, sondern nur das Bestreben, bei geringeren Löhnen höhere Profite zu erzielen. Jedenfalls sind aber die Arbeiter der beiden eingangs erwähnten Firmen davon überzeugt worden, daß sie auf derartige Versprechungen nichts geben können.

Witzenhausen. In der am Sonntag, den 1. Februar, hier stattgefundenen Mitgliederversammlung der Zahlstelle Witzenhausen und Kleinalmerode kamen folgende Punkte zur Erledigung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal, 2. Vorschlag des zur Wahl zu bringenden Delegierten zur Generalversammlung, 3. Verschiedenes. Der erste Punkt wurde schnell zur Erledigung gebracht. Ueber den zweiten Punkt entspann sich eine längere Debatte. Als Delegierter wurde Kollege Hugo in Vorschlag gebracht, welcher auch einstimmig gewählt wurde. Es wurde nun beschlossen, Kollegen Hugo folgende Resolution zuzuschicken: Die heute hier tagende Versammlung der Mitglieder der Zahlstelle Witzenhausen und Kleinalmerode erklärt sich entschieden gegen die obligatorische Einführung der Zuschußkasse, da sie bei der Urabstimmung nicht genügend aufgeklärt wurde.

Halberstadt, 2. Februar. Vom 19.—31. Januar sind folgende freiwillige Beiträge der hiesigen Streikleitung zugesandt worden aus folgenden Fabriken: Hartmann Liste 100 6.35, Gothe u. Wenzel Liste 110 6.10, Rennau Liste 105 6.10, Winterfeld Liste 77 4.80, Hebbel Liste 99 1.80, Wagenknecht Liste 108 3.65, Brinkmann Liste 107 1.10, Mahlert Liste 106 3.65, durch Kern —.30, Hartmann Liste 111 6.15, Gothe u. Wenzel Liste 121 6.50, Rennau Liste 112 6.40, Hebbel Liste 114 —.90, Winterfeld Liste 113 5.70, Winter Liste 109 1.50, Mahlert Liste 117 2.30, Hartmann Liste 118 5.20, Wagenknecht Liste 115 4.—, Brinkmann Liste 116 1.10, durch Kern —.30 Mk. — Allen Gebern besten Dank, der Streik dauert unverändert fort. Weiteren Sendungen sieht entgegen

Louis Michaelis.

Vereinsteil.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: **Hamburg-Uhlenhorst**, Mozartstr. 5, I.
Ausschuß: O. Sidow, Brandenburg a. H., Kurze Straße 3.
Schiedsgericht: Karl Krafzig, Dresden, Schanzenstr. 2, III.

Eingegangen: Babbenhausen 100 Mk., Brettnig 100 Mk., Hess.-Oldendorf 70 Mk., Neu-Ruppin 100 Mk., Ottensen 400 Mk., Winsen 50 Mk., Hoffenheim 30 Mk., Billwärder 150 Mk., Orsoy 80 Mk., Magdeburg 100 Mk., Lübeck 100 Mk., Eimsbüttel 100 Mk., Gera 80 Mk.

Sterbekasse: Cannstatt 21.54 Mk., Delitzsch 50.03 Mk., Harburg 34.40 Mk., Babbenhausen 12.35 Mk., Winsen 5.20 Mk., München 16.45 Mk., Löbau 29.10 Mk., Billwärder 14.35 Mk., Hoffenheim 5 Mk., Frankfurt 37.05 Mk., Halberstadt 10.25 Mk., Osnabrück 27 Mk.

Zuschüsse: Berlin I 300 Mk., Biebrich 50 Mk., München 50 Mk., Heidingsfeld 50 Mk., Rawitsch 200 Mk., Ostersheim 100 Mk., Verden 400 Mk., Bremen 200 Mk., Sorau 50 Mk., Köln 100 Mk., Frankfurt 150 Mk., Hastedt 400 Mk., Bautzen 200 Mk., Altona 200 Mk., Halberstadt 200 Mk., Löbau 29.10 Mk.

Sterbekasse: Ottensen 100 Mk.

Krankengeld: 86.25 Mk.

Hamburg, den 2. Februar 1903. **P. Otto.**

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, **Bremen**, Marktstr. 18, II.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II., zu adressieren.

Geld-, Einschreibe- u. Wertsendungen nur an W. Nieder-Welland, Bremen, Marktstraße 18, II.

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Heinrich Meister, Hannover, Lange Str. 1, II., zu adressieren.

Bekanntmachung.

Der Versand der Wahlprotokolle zur Generalversammlung in Dresden ist vollzogen. Diejenigen Bevollmächtigten, die beim Versand übersehen sind, ersuchen wir, sich sofort zu melden, damit die Zustellung der Wahlprotokolle noch rechtzeitig erfolgen kann.

Das Mitglied **Heinr. Moldenhauer aus Löwenhagen**, Ser. III, 11097, z. Zt. in Wusterhausen, ist nach § 8 gestrichen.

Das Mitglied **Franz Rubacki aus Ostrowo**, Ser. III, 8966, z. Zt. auf Reise, ist nach § 8 gestrichen. Die Bevollmächtigten wollen dies beachten.

Die Mitglieder **Adolf Guschmasch**, Ser. III, 10098, und **Wilhelm Schrader**, Ser. III, 23141, sind, ohne sich abgemeldet zu haben, von Wernigerode a. H. abgereist. Diese beiden Kollegen haben je 1 Mk. Strafe zu zahlen. Die Bevollmächtigten, in deren Bereich sich benannte Kollegen befinden, wollen für Zustellung dieser Bekanntmachung und Einkassierung dieser Strafgelder sorgen.

Die Mitglieder **Friedrich Paborn** und **Fritz Strauch** aus **Sheparnowitz** haben irrtümlicherweise in Langenbielau 1901 je 1.50 Mk. Reiseunterstützung zuviel erhalten. Die Bevollmächtigten wollen die betreffenden Kollegen darauf aufmerksam machen und die zuviel erhaltene Unterstützung zurückfordern.

Bremen. **Der Vorstand.**

Vom 27. Januar bis 2. Februar 1903 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:

	M	₰		M	₰
25. Januar. Peterswaldau	25.	—	27. Cannstatt	50.	—
25. Neustadt (Oberschl.)	50.	—	28. Herxheim, N. N.	3.	20
26. Jastrow	100.	—	28. Mühlhausen i. Th.	50.	—
26. Freiberg i. S.	200.	—	28. Grünberg	30.	—
26. Pölzig	60.	—	28. Kahla	42.	24
26. Calmbach	36.	—	29. Herzberg a. H.	100.	—
26. Hadersleben	60.	—	29. Wurzen	20.	—
26. Lübeck	240.	46	29. Sonneborn	30.	—
26. Langwedel	75.	—	29. Leisnig	100.	—
26. Friedeberg	20.	—	29. Dresden	300.	—
26. Liegnitz	70.	—	29. Hänichen	60.	—
26. Herzberg a. E.	20.	—	30. Belzig	25.	—
26. Uslar a. H.	70.	—	30. Münchenbernsdorf	50.	—
26. Halbau	30.	—	30. Gera	140.	—
26. Langenbielau	55.	57	31. Görlitz	200.	—
26. Fürstenau	20.	—	31. Elstra i. S.	9.	—
26. Striegau	50.	—	31. Wurzbach, N. N.	2.	40
26. Seesen	75.	—	31. Warfleth, F. Germer	5.	—
26. Heuchelheim	30.	—	31. Osnabrück	40.	—
26. Merseburg	80.	—	31. Erxleben	60.	—
26. Eschwege	75.	—	31. Tangermünde	25.	—
26. Oerlinghausen	90.	—	1. Februar. Trebbin	12.	—
26. Warfleth	20.	—	1. Zerbst	20.	—
26. Hildesheim	200.	—	1. Lüben i. Schl.	16.	15
26. Lippstadt	100.	—	1. Ahlen i. W.	30.	—

B. Freiwillige Beiträge:

12. Dezember 1902.	A. Zabe durch W. Börner für Nordhausen	3.	—
26. Januar 1903.	Hildesheim, Chr. Koch	10.	—
28. Kahla, Chr. Koch		4.	—

C. Für Annoncen:

26. Januar.	Hildesheim, Chr. Koch	1.	40
28. Grünberg i. Schl.,	Chr. Koch, in Nr. 4 des Tab.-Arb.	—.	50
1. Februar.	Wolmirstedt, O. Richter, in Nr. 6 des T.-A.	1.	—

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiemit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Ersuche die Herren Absender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.

Etwaige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen, den 2. Februar 1903. **W. Nieder-Welland,**
Marktstraße 18, II. Kassierer.

Anträge zur Generalversammlung.

Zahlstelle **Neustadt** (Oberschl.): 1. Die Arbeitslosenunterstützung ist abzulehnen. Eventuell ist behufs späterer Einführung als Reservefond der 14. Beitrag zu erheben.

2. Die Reiseunterstützung ist während der Wintermonate von 2 Pfg. auf 3 Pfg. pro Kilometer zu bemessen.

Zahlstelle **Ottendorf**: 1. Mitglieder, welche 3 Jahre dem Verbande angehören, und im Orte keine Arbeit mehr vorhanden ist, soll Umzugsgeld gewährt werden und dasselbe alle 3 Jahre wieder erhalten.

2. Mitglieder, welche schon einer Zuschußkasse angehören, soll der Eintritt in die obligatorische Zuschußkasse freigestellt werden.

Forst: 1. Die Generalversammlung beseitige den Beschluß obligatorische Einführung der Zuschußkasse betreffend.

2. Die Arbeitslosenunterstützung ist im Verband obligatorisch einzuführen.

Zahlstelle **Freiberg**: 1. Die Arbeitslosenunterstützung ist obligatorisch einzuführen und zwar mit entsprechender Beitragserhöhung.

2. Der Antrag Bernburg Abs. 4 wird unterstützt.

Zahlstelle **Neufreistett**: 1. Die Generalversammlung möge beschließen, die Zuschußkasse nicht obligatorisch zu gestalten.

2. Die Generalversammlung möge ferner beschließen, die Vorortskommissionen in Baden aufzuheben, und an deren Stelle ein Agitationskomitee bestehend aus sieben Kollegen und zwar je zwei aus Unter-, Mittel- und Oberbaden einzusetzen. Der Vorsitzende desselben muß ein mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der badischen Tabakarbeiter bekannter, unabhängiger Kollege sein. Derselbe hat auf jeder Generalversammlung über seine Tätigkeit Bericht zu erstatten.

3. Alljährlich hat in Baden eine Landeskonferenz in einem Orte in der Mitte Badens stattzufinden; jede Zahlstelle wählt hiezu einen Delegierten. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, den Verband in Baden zu vergrößern.

Liegnitz: 1. Einführung der obligatorischen Zuschußkasse.

2. Einführung der Wöchnerinnen-Unterstützung auf 4 Wochen, pro Woche 3 Mk.

3. Die Karenzzeit bei Umzug auf 3 Jahre bestehen zu lassen, aber bei Streiks oder Maßreglung die Karenzzeit in Wegfall zu bringen. Denjenigen Kollegen, die schriftlich bessere Arbeit nachweisen können oder nachgewiesen wird, ist Umzugsgeld zu gewähren.

4. Arbeitslosenunterstützung ist abzulehnen.

Dresden: Die Generalversammlung möge beschließen: 1. Die Beiträge zur obligatorischen Zuschußkasse im Verhältnis wie 1 zu 25 zu gestalten.

2. Auf Grund obiger Berechnungsform eine weitere Klasse (7 zu errichten.

3. Für die obligatorische Zuschußkasse eine 26wöchentliche Karenzzeit einzuführen.

4. Die Unterstützungsdauer währt 52 Wochen; während dieser Zeit wird 26 Wochen die volle und weitere 26 Wochen die Hälfte der im Statut festgesetzten Unterstützung ausgezahlt.

5. a) Von einem Gesundheitsattest abzusehen und keine Altersgrenze zu ziehen. b) Den Mitgliedern, welche anderweitig versichert sind, eine längere Frist zu gewähren, in welcher sie als vollberechtigte Mitglieder eintreten können.

Dieses betrifft natürlich nur diejenigen Mitglieder, welche der in Frage kommenden Krankenkasse vollständig den Rücken kehren.

6. Weibliche Mitglieder können sich höchstens in der 4. Klasse = 7 Mk. 50 Pfg versichern. Männlichen Mitgliedern steht jedoch die Versicherung in jeder Klasse frei.

7. a) Die jetzigen Sätze für Reiseunterstützung zu erhöhen und um 5 Mark pro Jahr der Mitgliedschaft bis zu einem Maximum von 50 Mark, b) für sechs Sommermonate 2 Pfg. pro Kilometer und für sechs Wintermonate 3 Pfg. pro Kilometer festzusetzen und auf Entfernungen im Betrage bis 3 Mark auszuzahlen.

Beilage zum Tabak-Arbeiter.

Nr. 6. Sonntag den 8. Februar 1903.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Elfte ordentliche Generalversammlung.

Dieselbe findet am **23. März 1903 und folgende Tage** zu **Dresden-A., „Volkshaus“**, statt.

Die provisorische Tagesordnung lautet:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes und Ausschusses;
2. Bericht über die Verhandlungen des vierten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands;
3. Unterstützung der Mitglieder bei vorübergehender Erwerbsunfähigkeit;
4. Einführung der Arbeitslosenunterstützung;
5. Beratung aller auf Statutenänderung vorliegenden Anträge;
6. Beratung sonstiger Anträge;
7. Wahl des Vorstandes, des Vorsitzenden des Ausschusses und der Delegierten zum nächsten allgemeinen Gewerkschaftskongreß.

*

Anträge zur Generalversammlung, welche in der gedruckten Vorlage Aufnahme finden sollen, müssen spätestens bis zum 1. März beim Vorstande eingereicht sein.

Die zu stellenden Anträge wolle man auf einem besonderen Bogen Papier, getrennt von sonstigen Mitteilungen, einsenden; das Papier, auf welchem die Anträge vermerkt stehen, darf nur auf einer Seite beschrieben werden.

*

Auf die vielen an uns gerichteten Anfragen über die Delegiertenwahlen zur Generalversammlung sehen wir uns genötigt, an dieser Stelle besonders darauf hinzuweisen, daß

Wahlen, die nicht in der Zeit vom 8. bis 15. Februar einschließlich stattfinden, für ungültig erklärt werden. Auch dürfen Mitglieder, die ihr Wahlrecht ausüben und als Delegierte gewählt werden wollen, nicht mehr als vier Wochen Beitrag schulden.

Im übrigen: siehe Wahlreglement auf dem zugesandten Wahlprotokoll.

Bremen. Der Vorstand.

Wahlkreis-Einteilung.

1. Kreis: Cüstrin, Danzig, Driesen, Elbing, Friedeberg, Jastrow, Landsberg a. W., Neudamm, Pasewalk, Stettin, Stolp, Wolgast wählt 1 Delegierten.
2. Kreis: Birnbaum, Ostrowo, Posen, Rawitsch, Schönlanke, Schwerin a. W. wählt 1 Delegierten.
3. Kreis: Grünberg, Halbau, Haynau, Liegnitz, Lüben, Muskau, Neusalz, Priebus, Sprottau wählt 1 Delegierten.
4. Kreis: Goldberg, Görlitz, Greiffenberg, Jauer, Lauban wählt 1 Delegierten.
5. Kreis: Breslau, Fürstenau, Neumarkt, Trebnitz wählt 1 Delegierten.
6. Kreis: Brieg, Frankenstein, Glatz, Langenbielau, Niederfalzbrunn, Peterswaldau, Schweidnitz, Striegau wählt 1 Delegierten.
7. Kreis: Neustadt, Ohlau, Oppeln, Ratibor wählt 1 Delegierten.
8. Kreis: Bautzen, Bischofswerda, Brettnig, Eibau, Elstra, Groß-Schönau, Löbau, Seifhennersdorf wählt 1 Delegierten.
9. Kreis: Gohlis, Großenhain, Hänichen, Kreischa, Meißen, Ottendorf, Pirna, Radeberg, Schwepnitz, Strehla wählt 1 Delegierten.
10. Kreis: Dresden wählt 2 Delegierte.
11. Kreis: Deuben, Freiberg, Oederan, Roßwein wählt 1 Delegierten.
12. Kreis: Chemnitz, Frohburg, Geithain, Johanngeorgenstadt, Lunzenau, Mittweida, Rochlitz, Schöneck, Tannenberg, Zwickau wählt 1 Delegierten.
13. Kreis: Frankenberg i. S. wählt 1 Delegierten.
14. Kreis: Döbeln, Hartha, Waldheim wählt 1 Delegierten.
15. Kreis: Connewitz, Leipzig, Leisnig, Mutzschen, Pegau, Stötteritz, Wurzen, Zwenkau wählt 1 Delegierten.
16. Kreis: Cottbus, Crossen a. O., Forst, Guben, Schwiebus, Senftenberg, Sommerfeld, Sorau, Spremberg, Züllichau wählt 1 Delegierten.
17. Kreis: Finsterwalde wählt 1 Delegierten.
18. Kreis: Belitz, Belzig, Dahme, Dobrilugk, Jüterbogk, Königswusterhausen, Luckau, Luckenwalde, Lübben, Trebbin, Treuenbrietzen, Zossen wählt 1 Delegierten.
19. Kreis: Bernau, Eberswalde, Frankfurt a. O., Fürstenwalde, Müncheberg, Rixdorf, Storkow, Woltersdorf wählt 1 Delegierten.
20. Kreis: Berlin wählt 2 Delegierte.
21. Kreis: Brandenburg, Nauen, Potsdam, Spandau, Velten wählt 1 Delegierten.
22. Kreis: Kyritz, Neuruppin, Prenzlau, Schwedt a. O., Wusterhausen, Zehdenick wählt 1 Delegierten.
23. Kreis: Bernburg, Dessau, Eilenburg, Elsterwerda, Gräfenhainichen, Herzberg a. E., Mühlberg a. E., Oranienbaum, Torgau, Zerbst wählt 1 Delegierten.
24. Kreis: Delitzsch wählt 1 Delegierten.
25. Kreis: Cönnern, Crossen a. E., Eisleben, Halle a. S., Merseburg, Teuchern, Weißenfels, Zeitz wählt 1 Delegierten.
26. Kreis: Altenburg, Pölzig, Ronneburg, Schmölln, Wintersdorf wählt 1 Delegierten.
27. Kreis: Apolda, Buttstädt, Coburg, Gera, Greiz, Ilmenau, Kahla, Liebschwitz, Münchenbernsdorf, Naschhausen, Pößneck wählt 1 Delegierten.
28. Kreis: Erfurt, Gotha, Heiligenstadt, Langensalza, Mühlhausen i. Thür., Salzungen, Wasungen wählt 1 Delegierten.
29. Kreis: Hesserode, Kl. Werther, Frankenhausen a. Kyffh. wählt 1 Delegierten.
30. Kreis: Salza wählt 1 Delegierten.
31. Kreis: Nordhausen wählt 2 Delegierte.
32. Kreis: Halberstadt wählt 1 Delegierten.
33. Kreis: Clausthal, Goslar, Herzberg a. H., Osterode a. H., Wernigerode wählt 1 Delegierten.
34. Kreis: Alvensleben, Burg b. M., Erxleben-Uhrsleben, Magdeburg, Stendal, Tangermünde wählt 1 Delegierten.
35. Kreis: Bovenden, Karlshafen, Kassel, Eschwege, Hedemünden, Helmarshausen, Moringen, Münden i. H. Uslar, Witzenhausen wählt 1 Delegierten.
36. Kreis: Braunschweig wählt 1 Delegierten.
37. Kreis: Freden, Gr.-Rhüden, Harriehausen, Helmstedt, Münchehof, Peine, Seesen, Wolfenbüttel wählt 1 Delegierten.
38. Kreis: Celle, Hannover, Hildesheim, Lehrte wählt 1 Delegierten.
39. Kreis: Dassow, Lübeck, Lübtheen, Parchim, Rehna, Rostock wählt 1 Delegierten.
40. Kreis: Barmbeck, Bergedorf, Harburg, Rellingen, Schiffbeck, Stade, Wandsbeck, Winsen a. L. wählt 1 Delegierten.
41. Kreis: Hamburg wählt 1 Delegierten.
42. Kreis: Altona wählt 1 Delegierten.
43. Kreis: Ottensen wählt 2 Delegierte.
44. Kreis: Glückstadt, Hadersleben, Heide, Itzehoe, Kellinghusen, Kiel, Neumünster, Reinfeld, Uetersen wählt 1 Delegierten.
45. Kreis: Bremen wählt 2 Delegierte.
46. Kreis: Br.-Hastedt wählt 1 Delegierten.
47. Kreis: Bremerhaven, Burgdamm, Goldenstedt, Oldenburg, Scharmbeck, Varel a. J., Warfleth wählt 1 Delegierten.
48. Kreis: Verden wählt 1 Delegierten.
49. Kreis: Achim, Bassum, Delmenhorst, Langwedel, Sulingen wählt 1 Delegierten.
50. Kreis: Bünde, Kirchlengern, Lübbecke, Minden, Osnabrück, Rehme wählt 1 Delegierten.
51. Kreis: Bielefeld, Herford, Lage, Lemgo, Oerlinghausen, Oldendorf i. H., Pyrmont, Rheda, Rinteln, Sonneborn, Werther i. W. wählt 1 Delegierten.
52. Kreis: Ahlen i. W., Altena i. W., Burgsteinfurt, Dortmund, Langendreer, Lippstadt, Meschede, Soest, Wattenscheidt wählt 1 Delegierten.
53. Kreis: Cochem, Cöln, Crefeld, Duisburg, Düsseldorf, Emmerich, Geldern, Goch, Kreuznach, Mülheim a. Ruhr, Neuwied, Orsoy, Trier wählt 1 Delegierten.
54. Kreis: Bickenbach, Biebrich, Eberstadt, Frankfurt a. M., Griesheim, Hanau, Gießen, Kl.-Auheim, Kl.-Krotzenburg, Mainz, Offenbach, Pfungstadt, Schwanheim wählt 1 Delegierten.
55. Kreis: Bretten, Bruchsal, Denzlingen, Edingen, Emmendingen, Hochhausen, Hoffenheim, Karlsruhe, Kirchheim, Lahr, Mannheim, Neufreistett, Mißloch, Offenburg, Rohrbach, Sandhofen wählt 1 Delegierten.
56. Kreis: Bruck, Nürnberg, Oggersheim, Speier, Würzburg wählt 1 Delegierten.
57. Kreis: Ansbach, Augsburg, Calmbach, Cannstatt, Heilbronn, Lauffen, Miedelsbach, München, Schorndorf, Stuttgart wählt 1 Delegierten.

Ein Wort zur Abwehr.

Nachdem der Vorstand unsres Verbandes den Kollegen Fröhlich in Verden als dasjenige Licht hingestellt hat, dem die Generalversammlung in Mannheim hätte folgen müssen, wenn sie den rechten Weg hätte wandeln wollen, hat sich auch der Kollege Fröhlich bemüßigt gefühlt, seine Feder glänzen zu lassen. Er hat das in einer Weise getan, die dem nicht ganz oberflächlich Urteilenden von vornherein erkennen läßt, mit wem man es zu tun hat. Ich habe es mir lange überlegt, ob man auf diese Schreiberei antworten soll. Bei dem Kollegen Fröhlich häufen sich aber die Beschuldigungen so, daß Stillschweigen als Zustimmung ausgelegt werden könnte, und da es vorher auch von andrer Seite unternommen worden ist, auf die Delegierten der Mannheimer Generalversammlung Steine zu werfen, halte ich ein Wort der Abwehr am Platze.

Die Generalversammlung in Mannheim hat zum erheblichen Teil aus Delegierten bestanden, die an Jahren wohl bald das Doppelte, wie der Kollege Fröhlich auf dem Nacken tragen und die in gewerkschaftlicher Beziehung zum mindesten ebensoviel oder mehr als Kollege Fröhlich erfahren und geleistet haben. Es nimmt sich daher ganz sonderbar aus, wenn der Kollege Fröhlich über eine ganze Versammlung, der er selbst angehört hat, so wie er es tut, den Stab bricht und Beschuldigungen ausstreut, die jeder Unterlage entbehren. Der Kollege tut so, als wenn in der ganzen Versammlung außer ihm kaum jemand anwesend war, der klaren Verstandes gewesen ist. Wie schwer aber der Kollege Fröhlich von Begriff ist, davon haben wir nicht allein in Mannheim, sondern auch jetzt wieder durch seine Schreiberei Proben bekommen. Der Kollege macht es der Generalversammlung zum Vorwurf, daß sie den § 4 des Statuts gestrichen hat. Will er damit sagen, daß dadurch dem Anschluß an den Verband Hindernisse in den Weg gelegt sind? Der gestrichene Paragraph handelt nicht von dem Uebertritt unsrer Zentralkasse zu andern Kassen, sondern von andern Krankenkassen, die mit Aktiven und Passiven zur Zentralkasse übertreten. Die Generalversammlung war allgemein der Ansicht, daß jetzt, nachdem die Zentralkasse sich zur Zuschußkasse umgewandelt hat, und wie die Dinge überhaupt liegen, wohl kaum noch eine andre Kasse Lust verspüren wird, sich mit der Zentralkasse zu vereinigen. Deshalb und mit Rücksicht auf die schlechten Erfahrungen, welche auch sonst mit den übergetretenen Kassen gemacht worden sind, strich die Generalversammlung den Paragraphen. Wie nun in dieser Streichung eine Maßnahme erblickt werden kann, die sich gegen den Verband richtet, wird außer dem Kollegen Fröhlich wohl niemand weiter herausfinden. Den Kollegen Fröhlich über seine irrige Auffassung aufzuklären, hat man sich schon in Mannheim Mühe gegeben, daß er aber bis heute noch nicht begriffen hat, worum es sich handelt, ist bezeichnend.

Von der gleichen Qualität, wie die gekennzeichnete, sind auch die andern Behauptungen des Kollegen Fröhlich. Tatsache ist, daß ein Delegierter über die Bedeutung des Wörtchens „kann“ im Statut des Verbandes nicht klar war; daraus aber den Schluß zu ziehen, wie Kollege Fröhlich, und deshalb die ganze Generalversammlung bei der Kollegenschaft zu verdächtigen, ist geradezu frivol.

Den Beweis dafür, daß seitens der Mitglieder der Krankenkasse gegen den Verband ein Kampf geführt werden wird, der auf die Auswahl keiner ehrlichen Mittel schließen läßt, sowie dafür, daß die Generalversammlung in Mannheim Verleumdungen gegen den Verband geschleudert hat, wird der Kollege Fröhlich wohl schuldig bleiben, ebenso wie er den Nachweis nicht führen kann, daß ich die Vereinigung beider Kassen mit allen möglichen Mitteln vereitelt habe. Alles was in dieser Beziehung vom Kollegen Fröhlich behauptet wird, ist unwahr. Wahr ist nur, daß während der ganzen Generalversammlung der Kollege Fröhlich nicht einen einzigen praktischen Vorschlag für die Vereinigung hat machen können.

Ich weise daher die vom Kollegen Fröhlich erhobenen Beschuldigungen mit aller Entschiedenheit zurück und glaube, hiebei zugleich im Sinne der übrigen Delegierten zu handeln. Zur Entschuld[illegible] des Kollegen Fröhlich nehme ich an, daß er sich der Trag[illegible] Beschuldigungen nicht klar bewußt gewesen ist; sollte [illegible] sein, dann wäre man allerdings genötigt, sein Bene[illegible] schärferer Weise zu kennzeichnen.

B[illegible]urg a. H. O. Sidow.

Philippi.

Der Tag von Philippi rückt immer heran. Wenn bei Philippi die Hauptschlacht geschlagen werden soll, dann ist daselbst, nach dem lebhaften Kleingewehrfeuer der letzten Wochen zu urteilen, eine äußerst heftige Kanonade zu erwarten. Damit die Geschichte nicht allzu schrecklich wird, werden die einzelnen Zahlstellen gut tun, den Delegierten klare, unzweideutige Weisungen mit auf den Weg zu geben, daß die Generalversammlung, wie Kollege v. Elm es ganz richtig betont, ein Machtwort sprechen kann, nach welchem sich auch der Vorstand zu richten hat. Es handelt sich bei dem Streit zwischen Vorstand und Sortiererverband darum, ob der Vorstand berechtigt war, dem Sortiererverband die Publikationsbefugnis am Tabakarbeiter zu entziehen. Daran muß festgehalten und diese Frage gelöst werden, dann ergibt sich das weitere von selber. Ich bin der Meinung, daß solche schwerwiegende Fragen, wie die Lösung des Verhältnisses zwischen Tabakarbeiterverband und Sortiererverein nur von der Generalversammlung erledigt werden müssen, wenn nicht ganz gewichtige Gründe vorhanden sind, die ein Eingreifen des Vorstandes erfordern. Ich habe mich durch die Argumente des Vorstandes, die zum größten Teil die Kardinalfrage unberührt ließen, nicht überzeugen können von der plötzlichen Notwendigkeit des Bruches mit dem Sortiererverband, halte also das Vorgehen des Vorstandes, wie der Kollege v. Elm, für einen Staatsstreich, für eine Uebertretung der ihm verliehenen Rechte. Es ist dies, wie v. Elm hervorhebt, der zweite Staatsstreich innerhalb weniger Jahre, welcher vom Vorstand des Tabakarbeiterverbandes begangen wurde. Ich persönlich habe seiner Zeit im Gewerkschafter darauf aufmerksam gemacht, daß der Vorstand nicht berechtigt gewesen wäre, das Verhältnis zur Generalkommission zu lösen, allein die kurze Zeit darauf stattfindende Generalversammlung hat es nicht der Mühe wert gehalten, das Verfahren des damaligen Vorstandes nach demokratischer Anschauungsweise zu beleuchten. Nach meiner Ueberzeugung war es damals ein Fehler, und es wird heute ein Fehler sein, wenn die Verbandsmitglieder nicht überall Stellung zu dem Verhalten des Vorstandes nehmen, und ihre Delegierten im Zweifel über ihre Meinung lassen. Es braucht sich niemand zu genieren, seine Meinung rückhaltslos zu sagen, sintemalen uns der Vorstand — Ehre, dem Ehre gebührt! — in dieser Beziehung mit gutem Beispiel vorangeht. Ich möchte nach ganz kurz zurückkommen auf die Behauptung des Vorstandes, daß seiner Zeit der Sortiererverein gleichsam auf den Krücken des Tabakarbeiterverbandes in die Generalkommission gehumpelt sei, daß der damalige Vorstand ein Auge oder vielmehr 6 Augen zugedrückt habe. Merkt denn der Vorstand gar nicht, was er mit dieser Behauptung anrichtet? Er will dem Sortiererverein einen Stoß versetzen, und gibt dem Tabakarbeiterverband, resp. dem damaligen Vorstande, eine moralische Ohrfeige. Wenn der damalige Vorstand gewußt hat, daß der Sortiererverband nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stand, dann wäre es seine Pflicht gewesen, die Generalkommission darauf aufmerksam zu machen, nicht aber, sie zu hintergehen und sich zum Bundesgenossen des anrüchigen Sortiererverbandes zu machen, indem er ihn durchschmuggelte. Die Kollegen vom damaligen Vorstande können sich bedanken bei ihren Nachfolgern für ihre kollegiale Liebenswürdigkeit.

Hastedt-Bremen. G. Schmidt.

Rückblicke und Ausblicke.

Mein Wille war, nicht nochmals den Raum im Tabakarbeiter in Anspruch zu nehmen, durch die Provokation des Kollegen Fröhlich fühle ich mich jedoch veranlaßt, verschiedene Irrtümer richtig zu stellen.

Was will Fröhlich damit bezwecken, daß er sucht die Mannheimer Delegierten in der Oeffentlichkeit herabzusetzen, und zwar dadurch, daß er dieselben als verwirrt schildert? Das soll wohl mit andern Worten heißen, daß Fröhlich der einzige klare Kopf dort war; ich bezeichne dies als eine grenzenlose und unangebrachte Ueberhebung. Der § 4 des Krankenkassenstatuts wurde aus dem Grunde geschaffen, den früher sehr verbreiteten Lokalkassen den Uebertritt zu ermöglichen; dieser Paragraph war aber schon seit länger als 10 Jahren überflüssig, er hatte auch nicht die geringste Bedeutung für die Verbandszuschußkasse. Reflektierte Fröhlich wirklich auf Rettung letzterer in die Zentralkasse?

Die egoistischen Anschauungen oder Bestimmungen, mit welchen die Krankenkasse ausgestattet ist, wie man behauptet (jedenfalls meint man die Gesundheitsatteste), hat in gewisser Beziehung auch der Verband und würde auch in Zukunft nicht von der Hand gewiesen werden, wenn es die Mitglieder haben wollen. Uebrigens mache ich auf das Reglement der jetzigen Zuschußkasse aufmerksam. Eine Naivität Fröhlichs ist es, wenn er sagt, sollte den Gewerkschaften einmal der Garaus gemacht werden, was liegt dann näher, als die Zuschußkasse loszulösen, das heißt mit Sack und Pack abmarschieren, die Mitglieder hätten nicht den geringsten Nachteil. Da kennt Fröhlich die Dinge schlecht. Auch zeugt es nicht von großer Klarheit, daß er einen Antrag fünfmal verteidigte, dann denselben zurückzog und in Kürze wieder einbrachte. Die Kollegen mögen beurteilen, wo die größte Verwirrung zu finden war.

Dem Kollegen Killinger zur Beruhigung, daß ich mich durchaus nicht unbedingt auf die Verschiebung des Obligatoriums bis zum nächsten Jahre versteife, es war die Meinung mehrerer Kollegen und diese hatte ich zum Ausdruck gebracht. Gesucht und gefunden muß etwas werden, den Mitgliedern der Krankenkasse den Uebertritt auf irgend eine Art und Weise zu erleichtern, sonst wäre der herauf beschworene Kampf ganz zwecklos. Am hiesigen Ort sind die Mitglieder des Verbandes der Ansicht, daß die obligatorisch eingeführte Zuschußkasse die Mitglieder der Krankenkasse als vollberechtigt übernimmt unter der Voraussetzung, dieser vollständig den Rücken zu kehren; ob dieses so leicht sich machen läßt, wird ja die Zukunft lehren. Wenn ich sage, Rücksicht müsse auf die Mitglieder der Krankenkasse genommen werden, ist wohl selbstverständlich, daß es sich um Verbandsmitglieder handelt. Es kann uns wohl schwer zugemutet werden, die hohen doppelten Beiträge zu bezahlen; man will doch versichert bleiben wie bisher. Mir, wie so vielen andern, wäre es bei einer Familie von sieben Köpfen unmöglich, derartige Ausgaben zu berichtigen, es handelt sich nicht bloß um eine Marotte, Kollege Fröhlich. Es kommt noch die Frage der Arbeitslosenunterstützung hinzu, ferner möchte die Unterstützung der reisenden Kollegen in etwas aufgebessert werden. Diese Aufgaben hat die kommende Generalversammlung hier zu lösen und jeder wird sich bewußt sein, daß es keine kleinen Hindernisse sind, welche zu überwinden versucht werden müssen; wir wollen hoffen, daß es gelingt.

Dresden. G. Borrmann.

Berichte.

Berlin. Am 28. Januar d. J., Abends 9 Uhr, fand bei Feinds, Weinstraße 11, eine Mitgliederversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbands, Zahlstelle Berlin, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Rechnungslegung vom 4. Quartal 1902; 2. Stellung von Anträgen zu der am 23. März d. J. in Dresden stattfindenden Generalversammlung; 3. Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Kollege Rosenthal in der Angelegenheit Retwisch kontra Zibulla eine Erklärung dahingehend ab, daß letzterer alles, was vorgefallen ist, bedauert, somit wäre diese Sache geregelt und erledigt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erhielt nun Kollege Rabe das Wort zur Abrechnung. Dieselbe bilanzierte in Einnahme und Ausgabe mit 1681.16 Mk., die der Lokalbeiträge mit 614.92 Mk. Der Mitgliederbestand ist um 5 gesunken und beträgt am Schluß des Quartals 605. Kollege Rausnitz erklärte im Namen der Kontrolleure, daß Bücher, Belege und Geld revidiert und für richtig befunden wurden und beantragte, dem Kassierer Decharge zu erteilen. Die Versammlung beschloß demgemäß. Zum 2. Punkt der Tagesordnung forderte Kollege Rosenthal die Mitglieder auf, Anträge zur Dresdner

Generalversammlung bei der Verwaltung oder in den Mitgliederversammlungen einzureichen und stellte folgende Resolution der Bevollmächtigten zur Diskussion. Resolution: 1. In Erwägung des heutigen wirtschaftlichen Niedergangs, von dem die Tabakarbeiter am meisten getroffen werden, und daß infolge von den erforderlichen höheren Beiträgen bei sofortiger Einführung der Zuschußkasse dem Verband kein Nutzen, sondern sogar ein großer Verlust an Mitgliedern erwachsen würde; 2. in fernerer Erwägung, daß die letzte Generalversammlung der Zentralkrankenkasse beschlossen hat, dieselbe als Zuschußkasse weiterzuführen und im Sommer 1904 die ordentliche Generalversammlung derselben stattfindet, welche einen definitiven Beschluß über das Weiterbestehen der Zuschußkasse fassen wird, möge die Generalversammlung des Tabakarbeiterverbands in Dresden beschließen, vorläufig von der Einführung der obligatorischen Zuschußkasse Abstand zu nehmen, bis obige Generalversammlung der Zentralkasse getagt hat. — Die Debatte darüber war eine recht lebhafte, in der die Meinungen manchmal recht scharf aufeinander platzten. Für Annahme dieser Resolution traten ein die Kollegen Rausnitz, Spielvogel, Börner, Rabe, Rosenthal und Kiepert; dagegen wandten sich die Kollegen Max Kiesel, Lunkewitz, Klemm und andre Kollegen. Als schärfster Gegner trat Kollege Klemm auf. Er führte aus, nach dem Resultat der Urabstimmung für Berlin müßte eigentlich eine Resolution angenommen werden, welche das Obligatorium der Zuschußkasse vollständig verwirft, indem in Berlin nur ca. 50 für und 180 gegen das Obligatorium stimmten. Redner meint, durch Einführung des Unterstützungswesens sinken wir auf das Niveau der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften herab und gehen ebenso wie diese zu Grunde. Er möchte nicht, daß das Gewerkschaftsleben des Verbands in englische Bahnen einlenke, wo nur die Unterstützungen maßgebend seien. Redner kommt noch auf die Trennung mit den Sortierern zu sprechen und hält dieselbe für vollständig richtig, nur das einzige, was ihm nicht gefalle, sei die falsche Taktik, welche der Vorstand eingeschlagen hätte. In Sachen des Unterstützungswesens tritt Kollege Kiesel dem Vorredner heftig entgegen. Er sei der festen Ueberzeugung, daß durch Einführung der obligatorischen Zuschußkasse und Arbeitslosenunterstützung der Verband seinen Kampfescharakter nicht verliert, sondern er meine, durch obige Einführung werden die Mitglieder mehr an den Verband gefesselt und dieser dadurch gefestigt. Das beweise der Metallarbeiterverband, welcher mit der Arbeitslosenunterstützung sehr gut abschneidet und dessen Vorstand zur diesmaligen Generalversammlung beantragt, eine Krankenzuschußkasse einzuführen. Der Vergleich mit den Hirsch-Dunckerschen sei vollständig verfehlt. Dieselben gehen deshalb zu Grunde, nicht weil sie das Unterstützungswesen einführten, sondern weil die Arbeiter immer aufgeklärter werden und diesen Gewerkschaften ihre Heerfolge versagten. In betreff der englischen Gewerkschaften könne er nur sagen, daß dieselben sich nur durch das Unterstützungswesen leiten ließen, aber die Politik dabei gänzlich vergaßen, jedoch wird die Zukunft lehren, daß sich auch dort eine scharfe Wendung vollzieht. Was die Resolution anbelangt, müsse er sich dagegen erklären, dieselbe sei ihm nicht klar und treffend genug. Er glaube ja, daß die Bevollmächtigten bei deren Abfassung und Beratung eine ganz gute Absicht gehabt hätten, um alles friedlich zu regeln; „sie sind ja alle drei die reinsten Friedensengel am Vorstandstisch", dazu könne er sich aber nicht bekennen. Er fordert alle Kollegen auf, mit ihm in das Kriegshorn zu blasen, indem sie seine, hier nachfolgende Resolution annehmen. Resolution Kiesel: Die in Dresden tagende Generalversammlung des Tabakarbeiterverbands möge beschließen, falls die kommende Generalversammlung der Zentral-Zuschußkasse es ablehnt, sich zu Gunsten der Zuschußkasse des Verbands aufzulösen, hat der Vorstand sofort mit der Einführung der obligatorischen Verbands-Zuschußkasse vorzugehen. — Kollege Börner tritt dieser Resolution entschieden entgegen. Er sei derselben Ansicht wie Klemm, daß das Unterstützungswesen die Gewerkschaften ruiniere. Da jedoch die Urabstimmung gesprochen und die obligatorische Einführung beschlossen hätte, so nütze ja ein Widerstand nichts mehr; nun sei er aber der Ansicht, daß eine Verständigung erzielt werden müsse, und aus diesem Grunde bitte er um Annahme der Resolution der Bevollmächtigten. Dieser Empfehlung schließen sich auch die Kollegen Rausnitz und Rosenthal an. Letzterer hält auch eine Einigung noch für möglich. Er persönlich sei Anhänger der Zuschußkasse und halte die Urabstimmung für die höchste Instanz; da jedoch die Krisis augenblicklich herrsche, unter der viele Tabakarbeiter leiden, so verspreche er sich von der sofortigen Einführung einen Schaden für den Verband. Ferner müsse man aber auch der ordentlichen Generalversammlung der Zentralkasse Gelegenheit geben, sich mit dem Verband zu einigen, nur dann könne etwas Ersprießliches daraus hervorgehen. Sollte jedoch die Generalversammlung der Zentralkasse zu einer andern Ansicht kommen, so sei auch er dafür, daß das Obligatorium der Verbandszuschußkasse sofort in Kraft tritt. Das drücke die Resolution klar und deutlich in ihrem zweiten Teil aus; dieselbe wolle somit also keine Beseitigung, sondern nur eine Vertagung des Obligatoriums. Die Abstimmung ergab, daß die Resolution der Bevollmächtigten mit großer Mehrheit angenommen wurde. Zum 3. Punkt der Tagesordnung verlas Kollege Rabe die Abrechnung vom vorjährigen Stiftungsfest. Die Einnahmen betrugen 125.30 Mk., die Ausgaben 126.70 Mk., somit verbleibt ein Defizit von 1.40 Mk. Bemerkt sei noch, daß Kollege Wilhelm Nonnenprediger aus Schwiebus trotz mehrmaliger Aufforderungen noch immer nicht mit seinen Billetts vom Stiftungsfest 1900 abgerechnet hat. Nachdem Kollege Rosenthal noch darauf aufmerksam machte, daß in der Versammlung am Mittwoch, den 11. Februar, Abends 8½ Uhr im 2. Punkt der Tagesordnung: Stellung von Anträgen zu der am 23. März d. J. in Dresden stattfindenden Generalversammlung, fortgefahren wird, schließt derselbe die Versammlung um 12½ Uhr.

Dresden. Dienstag, den 27. Januar, fand eine Tabakarbeiterversammlung statt, welche sich laut Beschluß wiederum mit der Tagesordnung: 1. Die Aufgaben der nächsten Generalversammlung; 2. Gewerkschaftliches, zu beschäftigen hatte. Kollege Krafzig resumierte die Ausführungen der letzten Versammlung und bringt die daselbst gestellten Anträge zur Verlesung. Am Schluß fordert er die Kollegen auf, sich recht lebhaft an der Debatte zu beteiligen, um bei der Wichtigkeit der Sache möglichste Klärung herbeizuführen. Kollege Förster betont, daß er durchaus kein Feind des Obligatoriums sei, doch wünsche er für die Mitglieder der Lokalkrankenkassen leichte Uebergangsbestimmungen. Kollege Racurow geht noch einmal des näheren auf die Vorzüge des Obligatoriums ein. Er wünscht, daß den Mitgliedern, welche der Zentralkrankenkasse angehören, die Möglichkeit gegeben wird, innerhalb einer festzusetzenden Zeit als vollberechtigte Mitglieder in die Zuschußkasse übertreten zu können. In dieser Forderung wurde er von dem Kollegen Bormann unterstützt. Kollege Zimmermann stellt sich als Mitbegründer mehrerer Krankenkassen vor. Er kann sich mit der Einführung des Obligatoriums durchaus nicht befreunden. Man hätte sollen die Zentralkasse besser unterstützen, dann hätte sie noch lange segensreich wirken können. Auf Grund seiner Erfahrung auf diesem Gebiete hält er die Einführung der obligatorischen Krankenunterstützung für einen großen Fehler. Kollege Kulike: Ohne Arbeitslosenunterstützung ist es fast unmöglich, die Krankenkasse so durchführen zu können, daß sie allen Anforderungen entspricht. Bei Arbeitslosigkeit würde man eben die letztere Kasse als Arbeitslosenunterstützung benutzen. Es sei daher notwendig, die Arbeitslosenunterstützung ebenfalls obligatorisch einzuführen. Dieses sei bei einer Mehrleistung von 5 Pfg. pro Woche gut möglich. An der Hand von Berichten weist er nach, daß andre große Gewerkschaften, die die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, sehr gut abgeschnitten hätten. So z. B. Buchdrucker, Metallarbeiter u. a. m. Deren Mitgliederstand sowie Vermögen sei im fortwährenden Steigen und habe sich in dem letzten Jahre verdoppelt. Die Kollegen Ziegler und Racurow wenden sich gegen Kollegen Zimmermann. Es wäre Verschwendung von Zeit und Geld, der Zentralkrankenkasse helfen zu wollen. Sie habe gewiß gute Dienste getan, doch habe sie sich überlebt und ginge an sich selbst zu Grunde. Der Verband erfülle mit der Einführung der Krankenunterstützung eine sozialpolitische Pflicht. Allen Kollegen wäre dadurch die Möglichkeit gegeben, sich in schweren Tagen eine Unterstützung zu sichern. Kollege Kurz: Wenn ich mich gegen die Einführung der obligatorischen Krankenkasse wende, so geschieht es aus finanziellen Gründen. Die meisten Kollegen haben nicht einen solchen Verdienst, um für mehrere Kassen Beiträge bezahlen zu können. Der Verband würde also dadurch nur Schaden haben. Die jetzige Zuschußkasse sei ein Schmerzenskind, die zukünftige werde ein noch viel größeres werden. Von mehreren Rednern wird ihm erwidert, daß es doch ganz gleichgültig wäre, ob sie jetzt in den Verband und die Zentralkasse oder dann nur in den Verband zahlten. Dem Verband wäre aber ein großes Hemmnis aus dem Wege geräumt, indem die Kollegen, die jetzt nur der Zentralkasse angehören, dann leichter für den Verband zu gewinnen seien. Kollege Kurz beantragt, den reisenden Kollegen eine höhere Unterstützung zu gewähren und das alte Unterstützungssystem wieder einzuführen. Er verweist auf die jetzige Krise, bei welcher die Reisenden lange laufen müßten, ehe sie Arbeit bekämen. Sie wären, nachdem sie ausgesteuert sind, der Bettelei preisgegeben. Kollege Uhlig tritt der Wiedereinführung des alten Unterstützungssystems entgegen, da der Verband durch dasselbe zu sehr in Mitleidenschaft gezogen worden sei. Er befürwortet eine Erhöhung der jetzigen Unterstützungssätze um 5 Mk. pro Jahr. Nachdem sich noch mehrere Kollegen für Einführung der Kranken- und Arbeitslosenversicherung ausgesprochen hatten, wurden folgende Anträge mit großer Majorität angenommen: 1. Die Beiträge im Verhältnis zur Unterstützung wie 1 zu 25 zu gestalten; 2. Auf Grund obiger Berechnungsform eine weitere Klasse 7 zu errichten; 3. 26 Wochen Karenzzeit einzuführen; 4. Eine Unterstützungsdauer von 52 Wochen, und zwar 26 Wochen das volle und 26 Wochen die Hälfte Krankengeld zu gewähren; 5. Von einem Gesundheitsattest abzusehen und keine Altersgrenze zu ziehen. Ferner den Mitgliedern, welche anderweitig versichert sind, eine Frist zu gewähren, in unsre Zuschußkasse als vollberechtigte Mitglieder eintreten zu können. Dies betrifft nur solche Mitglieder, welche der in Frage kommenden Kasse vollständig den Rücken kehren; 6. Weibliche Mitglieder können sich höchstens in der 4. Klasse (7.50 Mk.) versichern. Männlichen Mitgliedern steht jedoch die Versicherung in jeder Klasse frei; 7. Die Reiseunterstützung zu erhöhen und zwar nach der Länge der Zugehörigkeit zum Verband pro Jahr 5 Mk. mehr bis zum Maximum von 50 Mk. pro Jahr; 8. Die Arbeitslosenunterstützung ist einzuführen und der jeweiligen Reiseunterstützung anzupassen. — Der 2. Punkt der Tagesordnung konnte wieder nicht behandelt werden, da die Zeit zu weit vorgeschritten war. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen noch aufgefordert hatte, immer recht zahlreich die Versammlungen zu besuchen, wurde die gut besuchte interessante Versammlung geschlossen.

Hamburg-Eimsbüttel. Am Sonntag, den 18. Januar, Nachmittags 2½ Uhr, fand bei v. Salzen, Kaffamacherreihe, eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung; 2. Kartellbericht; 3. Reglung der Beiträge zu lokalen Zwecken; 4. Unsre Agitation; 5. Stellung zur Generalversammlung, event. Anträge; 6. Innere Vereinsangelegenheiten. Nachdem das Protokoll der vorigen Versammlung verlesen war, interpellierte Kollege Hörmann vor Eingang in die Tagesordnung die Verwaltung, ob dieselbe den Artikel gegen den Vorstand im Tabakarbeiter Nr. 43 mit unterzeichnet hätte. Der erste Bevollmächtigte, Kollege C. Thieme, äußerte demgegenüber, daß dieser Artikel uns vorher nicht schriftlich vorgelegen habe, man sich aber in der Hamburger Verwaltung hinterher einig wurde, den sachlichen Inhalt dieses Artikels unterschreiben zu können. Darauf wurde zur Tagesordnung übergegangen. Zum 1. Punkt, Abrechnung, ergab die Bilanz in Einnahme und Ausgabe 1118.35 Pfg.; die Lokalkasse hat einen Kassenbestand von 602.77 Mk., welche revidiert und als richtig anerkannt wurde. Sodann wurde vom Delegierten Th. Quast ein ziemlich ausfürlicher Bericht vom Kartell gegeben, worauf zum 3. Punkt der Tagesordnung geschritten wurde. Die Debatte ward recht lebhaft. Seitens der Verwaltung wurde zuvor der Versammlung bekannt gegeben, daß am 1. Jan. 1903 die 1000 Mark für das Gewerkschaftshaus zusammengebracht sein sollten, es sei aber ein Fehlbetrag von ca. 200 Mark zu verzeichnen. Der Beschluß der kombinierten Mitgliederversammlung vom 24. November 1901 ging aber dahin, den wöchentlichen 5-Pfg.-Mehrbeitrag solange zahlen zu lassen, bis diese 1000 Mk. aufgebracht seien. Nun habe die Verwaltung den Wunsch, diesen 5-Pfg.-Mehrbeitrag stetig für einen Lokalfonds weiter sammeln zu lassen, damit das vom Kartell eingeführte Umlageverfahren, zu dem Zweck, Gelder im Notfalle zu Streiks 2c. gleich zur Hand zu haben, sowie das Zahlen auf Listen in Wegfall käme. Nachdem viele Kollegen sich im gleichen Sinne des Antrags der Verwaltung und noch mehr gegen denselben sich ausgesprochen, sowie Thieme noch der Versammlung bekannt gemacht, daß eine Barmbecker Mitgliederversammlung ihre Verwaltung beauftragte, mit uns keine Sitzung in Geldangelegenheiten mehr abhalten zu dürfen, wurde der Verwaltungsantrag mit größerer Majorität abgelehnt. Ein Antrag von Sander, bis 31. März d. J. den 5-Pfg.-Mehrbeitrag weiter zu zahlen, dann den etwaigen Rest aus der Nebenkasse zu entnehmen, ferner sich mit den übrigen Zahlstellen hierin zu einigen, wurde angenommen. Vom 4. Punkt ab wurde Vertagung der Versammlung angenommen, sodann vom Kollegen K. Thieme erklärt, daß er die nächste Versammlung auf Sonntag, den 8. Februar festsetze, da dann nur das Lokal frei sei, und, wie auch die heutige Versammlung beweise, jene gut besucht sein würde. Hiergegen wurde sofort vom Kollegen Jungbluth Widerspruch erhoben, er beantrage, dieselbe an einem Wochentag stattfinden zu lassen, da sich auch die Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung notwendig mache, und der betreffende Kandidat, welcher wohl seines Erachtens gewählt würde, Sonntag keine Zeit zum Kommen hätte. Demselben wurde erwidert, wenn der betreffende Kandidat ein Mandat zu erlangen die Absicht habe, er wohl auch am Sonntag erscheinen würde. Auf Zuruf der Versammlung, den Namen des vermutlichen Vertreters auf unsrer Generalversammlung zu nennen, wurde Koll. v. Elm genannt. Es wurde hierauf die nächste Versammlung laut Antrag auf Sonntag, den 8. Februar, anberaumt; ein Referent für Arbeitslosenunterstützung soll bestellt werden. Dann wurde dem Krankenkassenboten, Kollegen E. Nahr, auch als Boten unsrer Gewerkschaft die nötige Bestätigung erteilt. Weiter mißbilligte Kollege Birkenhagen die Zustände der Arbeiterbibliothek, da letztere an Sonntagen nicht geöffnet und vielen Arbeitern die Gelegenheit genommen sei, Bücher aus derselben zu entnehmen. Trotzdem der Delegierte Thieme betonte, daß diesbezügliche Anträge schon des öfteren im Kartell abgelehnt seien, wurde doch ein Antrag unterstützt und angenommen, welcher die Delegierten beauftragt, dahin zu wirken, daß die Bibliothek Sonntags von 10—12 Uhr geöffnet bleibt. Das nächste Sommervergnügen findet in Lockstedt statt, worauf um 7½ Uhr Schluß der gutbesuchten Versammlung erfolgte.

Harburg a. E. Am Montag, den 26. Januar, fand im Lokal des Herrn Lüssenhop unsre erste Mitgliederversammlung im neuen Jahre statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1902; 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure; 3. Unsre Generalversammlung, Stellung von Anträgen und Aufstellung eines Delegierten; 4. Kartellbericht; 5. Verschiedenes. Die Abrechnung wurde debattelos genehmigt. Der 2. Punkt nahm eine ziemliche Zeit in Anspruch, da die bisherigen Vorstandsmitglieder auch gerne einmal von den Posten, die sie bereits seit Jahren in Besitz hatten, abgelöst werden wollten. Leider war's jedoch nicht möglich, andre Kollegen zur Annahme derselben zu bewegen, infolgedessen erklärten sich die bisherigen wiederum zur Annahme bereit. Es wurden demzufolge wiedergewählt: Adolf Schulz als 1., Karl Voß als 2. und Heinr. Zimmermann als 3. Bevollmächtigter. Zu Kontrolleuren wurden die Kollegen Burmester, Wiedemann und Pampel bestimmt. Zum 3. Punkt entspann sich eine längere Debatte über das Obligatorium der Zuschußkasse. Kollege Voß hob in längeren Ausführungen den Wert der Unterstützungseinrichtungen als Agitationsmittel für den Verband hervor und trat energisch für die obligatorische Einführung der Zuschußkasse ein. Um auch den Mitgliedern der Krankenkasse, die sich von derselben noch nicht trennen wollen, gerecht zu werden und ihnen den Zutritt auch zu der Verbandszuschußkasse zu ermöglichen, ohne sie durch die doppelte Versicherung in zwei Zuschußkassen zur zu hohen Versicherung für Krankheitsfälle zu verleiten, wurde folgender Antrag angenommen: Verbandsmitglieder, welche außer der Verbandszuschußkasse noch einer andern Zuschußkasse angehören, dürfen nur in der niedrigsten Unterstützungsklasse sein. — Sodann wurde einstimmig der Kollege Karl Voß als Kandidat zur Delegiertenwahl für den 40. Wahlkreis aufgestellt. Die beiden nächsten Punkte der Tagesordnung mußten wegen Heranrückens der Polizeistunde bis zur nächsten, auf Donnerstag, den 12. Februar, bestimmten Versammlung vertagt werden.

Hann.-Münden. Am Sonnabend, den 24. Januar, fand im Anker eine schwach besuchte Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom 4. Quartal; 2. Die Generalversammlung in Dresden; 3. Verschiedenes. Infolge Erkrankung des Kassierers wurde die Abrechnung verschoben. Zum 2. Punkt wurde beschlossen, das Sterbegeld an beide Ehehälften zu gewähren. Im ersten Jahre 15 Mk., steigend um 5 Mk. jedes Jahr bis zum Höchstbetrag von 40 Mk. Ferner wurde beschlossen, die obligatorische Einführung der Arbeitslosen-Zuschußkassenunterstützung durchzuführen. Unter Verschiedenem wurde unter anderm dem Vorstand in Bremen die volle Anerkennung für sein Vorgehen gegenüber dem Sortiererverband ausgesprochen. Das frühere Mitglied Tabakspinner Richard Andrecht wurde durch früheren Versammlungsbeschluß ausgeschlossen, weil er von der hiesigen Zahlstelle mehreremal wegen Beitragsrest gestrichen worden ist. Derselbe hatte sich wiederum zur Aufnahme gemeldet, welche jedoch einstimmig verweigert wurde. Zum Schluß wurde Klage geführt über verschiedene Kollegen, welche es nicht für nötig finden, sich an den Versammlungen zu beteiligen, um so mehr, da gerade hier die Verhältnisse unter den Kautabakarbeitern keine rosigen zu nennen sind. Hoffentlich werden sie sich diese Mahnung zu Herzen nehmen und fernerhin besser in den Versammlungen erscheinen.

Kahla. Am 18. Januar fand im Vereinslokal die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1902; 2. Bericht vom Gewerkschaftskartell; 3. Stellungnahme zur Generalversammlung; 4. Verschiedenes. Die Abrechnung vom 4. Quartal wurde vorgelegt, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden worden ist, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Beim 2. Punkt gab Kollege Koch den Bericht vom Gewerkschaftskartell. Zu Punkt 3 wird, nachdem von verschiedenen Kollegen auf die Bedeutung der diesjährigen Generalversammlung hingewiesen wurde, beschlossen, den Punkt: Anträge zur Generalversammlung, auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen. Bei Punkt 4: Verschiedenes, wurde das Verhalten des Fabrikanten W. Baumberg, Jena, scharf kritisiert. Derselbe hat die Vorteile, welche der Verband seinen Mitgliedern gewährt, oft anerkannt, aber auch davon schon guten Gebrauch gemacht, indem er bei seinem Umzug von Zeitz nach Jena eine nicht zu kleine Summe erhalten hat. Man sollte nun glauben, daß dieser Herr damals von dem Nutzen des Verbands überzeugt war und er es nun für seine Pflicht halten müsse, dem Verbande treu zu bleiben. Leider hat Herr Baumberg gedacht, einen Grund gefunden zu haben, um anders zu handeln, wie folgende Postkarte, deren Inhalt wir hier wiedergeben, lehrt:

Jena, den 5. Dezember 1902.

Herrn Chr. Koch, Kahla.

Da durch Urabstimmung die obligatorische Einführung der Zuschußkasse beschlossen ist, ich jedoch mich nicht davor entschließen kann, so fühle ich mich veranlaßt, hierdurch meinen Austritt aus dem Verbande zu erklären.

Achtungsvoll

Wilhelm Baumberg.

Also der Grund zum Austritt wäre die obligatorische Einführung der Zuschußkasse, doch hat dieser Herr Baumberg den höchsten Beitrag bis zum 31. März 1902 in der Zuschußkasse bezahlt. Der angegebene wäre also ein recht fauler Grund. Einen besseren Eindruck hätte es auch für diesen Herrn gemacht, wenn er die Verbandsbeiträge bis zum Tage seines Austritts beglichen hätte. Ferner wurde das Verhalten vieler Kollegen mißbilligt, weil sie die Bestimmungen im Verbandsstatut betreffs Arbeitsuchens nicht beachten. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten besprochen, wurde die ziemlich gut besuchte Versammlung geschlossen.

Liegnitz. Die am 26. d. M. stattgefundene Mitglieder-Zusammenkunft hatte folgende Tagesordnung: 1. Gewerbegerichtswahl; 2. Stellungnahme zur Generalversammlung; 3. Verschiedenes. Zu Punkt 1 wurde ein Appell an die hiesigen Mitglieder gerichtet, daß sich alle, die wahlberechtigt sind, an der Wahl zahlreich beteiligen möchten, zumal die Wahl an einem Sonntag stattfindet. Zu Punkt 2, Stellungnahme zur Generalversammlung, wurde den Mitgliedern zuerst die Frage auferlegt, ob Liegnitz gewillt ist, einen Delegierten in Vorschlag zu bringen, was von der Versammlung bejaht wurde mit der Begründung, daß Liegnitz die größte Zahlstelle in dem Wahlkreise ist; sie zählt über 100 Mitglieder und ist daher auch berechtigt, einen Delegierten in Vorschlag zu bringen. Es wurden 5 Kollegen vorgeschlagen, Ohla, Grothe, Buda, Schmidt und Hudalla, letzterer wurde gewählt. Die Diskussion über die Tagesordnung der Generalversammlung und eventuelle Anträge zu derselben wurde bis auf die nächste Versammlung, die in kurzer Zeit stattfinden soll, verschoben. Unter Verschiedenem wurde beantragt, daß die hier bestehende Lokalkommission von 5 auf 7 Mitglieder erweitert werden soll, der Antrag wurde angenommen und sogleich zur Wahl, die folgendermaßen stattfand, geschritten: Erstens wurden von der größten Fabrik zwei Kollegen und von den andern mittleren Fabriken je ein Kollege gewählt. Sodann wurden die Verhältnisse bei der Firma Schiefenbusch besprochen. Wie die Kollegen wissen, ist über die betreffende Firma die Sperre verhängt worden, weil dieselbe einen Abzug von 1 Mk. pro Tausend für eine Sorte Zigarren gemacht hat. Und da die Sache bis jetzt noch nicht erledigt ist, so ist folgender Antrag gestellt und auch einstimmig angenommen worden: Die hier am Orte bestehende Kommission soll drei Personen unter sich wählen, die mit der genannten Firma in Verhandlung treten und das Resultat der Verhandlung sofort dem hiesigen Vorstand unterbreiten. Wenn dieser und die Kommission es für nötig erachtet, soll dann sofort eine Versammlung einberufen werden, um den hiesigen Mitgliedern alles bekannt zu geben. Sollte sich Herr Schiefenbusch weigern, mit der Kommission in Verbindung zu treten, und unsre Forderung ablehnen, so ist die Sperre streng aufrecht zu erhalten. Sodann dankte der Vorsitzende, Kollege Grothe, noch für den zahlreichen Besuch und wünscht, daß die nächste Versammlung noch besser besucht werden soll.

Schmölln (S.-A.). Montag, den 26. Januar, tagte im Restaurant Grüne Aue unsre übliche Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: 1. Verlesung des Protokolls; 2. Verlesung der Abrechnung vom 4. Quartal 1902; 3. Neuwahl der örtlichen Verwaltung und Revisoren; 4. Bericht der Kartelldelegierten und Neuwahl derselben; 5. Verschiedenes resp. Wie stellen wir uns zu der am 23. März stattfindenden Generalversammlung unsres Verbands? Die Abrechnung wird von den Revisoren für richtig erklärt und der 2. Bevollmächtigte demgemäß entlastet. Als Verwaltungsmitglieder werden 1. Paul Grobe, 2. Hugo Bäßler, 3. Hermann Herzog wiedergewählt. Als Revisoren schlagen die Mitglieder die Kollegen Max Benedix, Oskar Gerth und Otto Fischer ebenfalls wieder vor. Den Kartellbericht erstattet Kollege Benedix. Als Delegierte zum Kartell werden Max Benedix und Oskar Gerth gewählt. Zu Punkt 5, Wie stellen wir uns zu der am 23. März stattfindenden Generalversammlung, entspann sich eine rege Debatte, welche zur Aufstellung eines Delegierten, des Kollegen Paul Grobe, 1. Bevollmächtigter, führte. Unsre Mitglieder suchten und fanden in diesem Kollegen den geeignetsten Vertreter unsres Wahlkreises, es ist dies der 26. Auch wurden einige Anträge zur Generalversammlung eingebracht, welche an einer andern Stelle zu finden sein werden.

8. Die Arbeitslosenunterstützung ist einzuführen und die Reiseunterstützung derselben anzupassen.

NB. Der Antrag 7a und b ist Eventualantrag für den Fall, daß die Arbeitslosenunterstützung abgelehnt wird.

Witzenhausen-Kleinalmerode: Probeweise Einführung der Arbeitslosenunterstützung, wenn möglich ohne Beitragserhöhung.

Zahlstelle **Frankenberg:** 1. Die Generalversammlung findet alle 2 Jahre statt.

Gründe: Hätte die Generalversammlung vorigen Herbst stattgefunden, es hätte dort manches geregelt werden können, wodurch heute die unliebsamen Polemiken entstanden sind.

2. Der Vorstand wird beauftragt, zur nächsten Generalversammlung einen Vertreter des Vorstandes vom Sortiererverband einzuladen.

Oggersheim: 1. Die Arbeitslosenunterstützung ist einzuführen und zwar folgendermaßen: bei einjähriger Mitgliedschaft auf die Dauer von 13 Wochen pro Tag 1 Mk., bei zweijähriger Mitgliedschaft pro Tag 1.10 Mk., bei dreijähriger Mitgliedschaft pro Tag 1.20 Mk., bei jedem weiteren Jahr um 10 Pfg. pro Tag weiter bis zu 1.50 Mk. pro Tag.

Frankfurt a. M.: 1. Obligatorische Einführung der Zuschußkasse.

2. Einführung der Arbeitslosenunterstützung, falls die dazu nötige Erhöhung der Beiträge nicht mehr als 5 Pfg. betragen sollte.

3. Die Generalversammlung wolle beschließen, die nächste Generalversammlung an dem Ort und zu gleicher Zeit dort abzuhalten, wo die nächste Generalversammlung der Zentralkrankenkasse der Tabakarbeiter stattfindet.

4. Die Karenzzeit bei Umzugsgeldern von 3 Jahren auf 2 Jahre herabzusetzen.

Zahlstelle **Wolfenbüttel:** 1. Die 26wöchentliche Karenzzeit in der Zuschußkasse einzuführen.

2. Die Vorortskommissionen aufzuheben.

3. Die örtlichen Verwaltungskosten festzusetzen auf 5 Prozent der Einnahmen.

Eschwege: 1. Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

2. Die Umzugskosten dürfen 50 Mk. nicht übersteigen.

Begründung: Es ist vorgekommen, daß ein Umzug von hier nach Verden oder Hamburg zwischen 40—50 Mk. gekostet hat, während ein andrer nach Kassel, etwa 1/8 so weit, 82.40 Mk. kostete.

3. Alle Unterstützungen bei Streiks, Maßregelungen 2c. sind in allen Orten gleichzuhalten.

Begründung: Die Beiträge sind in allen Orten gleich, deshalb müssen die Unterstützungen auch gleich sein.

Zahlstelle **Friedeberg (Neumark):** 1. Die Unterstützung beim Ableben der Ehehälfte eines Mitglieds ist im ersten Jahre der Mitgliedschaft auf 25 Mk. zu bemessen und steigert sich für jedes weitere Jahr der ununterbrochenen Mitgliedschaft um 5 Mk. bis zu dem Höchstbetrage von 60 Mk.

2. Die Reiseunterstützung von 2 auf 3 Pfg. pro Kilometer im Winterhalbjahr zu erhöhen.

Zahlstellen **Seifhennersdorf, Großschönau** und **Eibau:** 1. Die Generalversammlung möge beschließen, eine obligatorische Einführung der Zuschußkasse abzulehnen.

Motiv: Die Einführung derselben hat eine Beitragserhöhung zur Folge, welche die Agitation auf dem Lande erschwert. Auch ist die Sache vorläufig noch nicht geklärt, da die Anschauungen des Vorstands, die Zentralkrankenkasse betr., nicht in Erfüllung gegangen sind.

2. Die Arbeitslosenunterstützung ist nicht einzuführen.

3. Die Vorortskommissionen sind abzuschaffen, dafür ist den Zahlstellen ein entsprechender Prozentsatz am Orte zu belassen, der im Interesse des Verbands Verwendung finden soll.

4. Nach Beendigung eines jeden Streiks ist die über den betr. Ort verhängte Sperre sofort wieder aufzuheben.

5. Die Reiseunterstützung und den Unterstützungssatz beim Ableben der Ehehälfte in der bisherigen Form zu belassen.

6. Antrag Tangermünde Nr. 2 und Antrag Schwiebus Nr. 2 werden unterstützt.

Hildesheim: 1. § 7 Absatz f zu streichen.

2. Die obligatorische Einführung der Zuschußkasse fallen zu lassen, dafür die Arbeitslosenunterstützung einzuführen.

3. Die Generalversammlung wolle beschließen, eigene Krankenscheine einzuführen.

Motiv: Da die meisten Mitglieder vergessen, auf dem Krankenscheine, den sie vom Arzt ausgestellt bekommen, zu bemerken, ob sie Vormittags oder Nachmittags erkrankt oder gesund gemeldet sind.

4. Die Berichterstattung über die Verhandlungen der Generalversammlung hat nicht auf Kosten des Verbandes zu geschehen. Mitgliedschaften, welche Berichte wünschen, haben die Kosten selbst zu tragen.

Motiv: Da der Verband jedem Mitglied unentgeltlich ein Protokoll der Generalversammlung liefert.

Zahlstelle **Harburg** (Elbe): Verbandsmitglieder, welche noch einer andern Zuschußkasse als der des Verbandes angehören, dürfen in der Verbandszuschußkasse nur in der niedrigsten Unterstützungsklasse sein.

Oederan: 1. Die Zuschußkasse obligatorisch einzuführen und die Karenzzeit auf 26 Wochen festzusetzen.

2. Die Arbeitslosen-Unterstützung einzuführen.

Zahlstelle **Schmölln:** 1. Die Zuschußkasse obligatorisch einzuführen.

2. Den § 9 des Statuts dahingehend umzuändern, den Mitgliedern in den Wintermonaten pro Kilometer 3 Pfg. an Reiseunterstützung zu gewähren.

3. Den § 2 h in seiner jetzigen Weise beizubehalten.

Zahlstelle **Pasewalk:** 1. Mitglieder, welche 26 Wochen dem Verbande angehören und 26 Beiträge bezahlt haben, können innerhalb eines Kalenderjahres Reiseunterstützung bis zu 13 Wochen erheben. Wenn zwischen der alten Reiseunterstützung und der neu anzutretenden Reise wenigstens ein Zeitraum von 26 Wochen liegt resp. 26 Beiträge wieder entrichtet sind, gilt die Unterstützung wieder als eine neuangefangene.

Motiv: Es werden bei dem jetzigen Zustand viele Mitglieder gezwungen, um nicht ohne Unterstützung zu sein, unannehmbare Arbeit anzunehmen.

2. Wollen die Arbeiter einer Fabrik in einen Kampf zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse eintreten, so ist nur dann die Angelegenheit zur Vereinssache zu machen, wenn außer den Lehrlingen und jugendlichen Arbeiterinnen unter 16 Jahren mindestens zwei Drittel vollberechtigte Mitglieder sind.

Motiv: Auf Fabriken, deren Arbeitgeber die Lehrlingszüchterei und Anlernung jugendlicher Arbeiterinnen betreiben, soll es den Arbeitern, welche Mitglieder sind, nicht unmöglich gemacht werden, sich an der Erringung besserer Arbeitsverhältnisse zu beteiligen.

3. Die Karenzzeit in der Zuschußkasse ist auf 26 Wochen herabzusetzen.

4. Allgemeiner Antrag: Das Statut ist vom Mitgliedbuch zu trennen und den Mitgliedern so zu übergeben.

Motiv: Nach dem heutigen Modus, daß die alten Mitgliedsbücher erst aufgebraucht werden, kommen viele Mitglieder in die Lage, das zur Zeit gültige Statut nicht zu besitzen.

Nauen: 1. Dem § 2 ab d folgende Fassung zu geben: Obligatorische Lieferung des Tabak-Arbeiter an männliche und der Gleichheit an weibliche Mitglieder.

2. Die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung ist von einer Urabstimmung, welche möglichst im Juli zu erfolgen hat, abhängig zu machen. Im allgemeinen erklärt sich die Zahlstelle Nauen gegen die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung.

3. Im Fall die Arbeitslosen-Unterstützung eingeführt wird, gleichzeitig einen Streikfonds einzuführen.

4. Mitgliedern, welche infolge Arbeitslosigkeit ihren Wohnsitz ändern müssen, ist Umzugsgeld zu gewähren, wenn dieselben drei Jahre Mitglied sind.

Jastrow: 1. Die Reiseunterstützung im Winterhalbjahr auf 3 Pfg. pro Kilometer zu erhöhen.

2. Reiseunterstützung soll gewährt werden das erste Jahr auf 30 Mark und dann jedes weitere Jahr um 5 Mark steigend bis 50 Mark.

3. Die Arbeitslosenunterstützung ist einzuführen.

4. Die Generalversammlung soll aller drei Jahre stattfinden, statt zwei Jahre.

Zahlstelle **Brieg:** 1. Die obligatorische Einführung der Zuschußkasse ist abzulehnen.

2. Wöchnerinnen-Unterstützung in der Höhe des Krankengeldzuschusses zu gewähren.

3. Die Unterstützung bei Streiks für alle Orte gleich zu bemessen.

4. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung abzulehnen.

Altenburg (S.-A.) 1. Die Generalversammlung wolle beschließen, es den Mitgliedern beider Kassen zur Pflicht zu machen, daß sie, um einen Uebertritt der Zentralzuschußkasse herbeizuführen, § 44, Abs. 14 des Statuts der Zentralkasse in Anwendung bringen.

2. Mitglieder der Zentralzuschußkasse, soweit dieselben nicht Verbandsmitglieder sind, sind im Falle eines Uebertritts als vollberechtigte Mitglieder zu betrachten.

3. Bisher vollberechtigte Mitglieder des Verbandes haben bei Einführung des Obligatoriums keine Karenzzeit zu bestehen.

4. Die Generalversammlung wolle beschließen, sowie die Kassenverhältnisse es erlauben, die Arbeitslosenunterstützung provisorisch einzuführen, mit Einschluß der Zuschußkasse.

Ferner beantragt die Zahlstelle **Altenburg:** Neu beitretende Mitglieder haben bei Einführung des Obligatoriums eine 26wöchentliche Karenzzeit zu bestehen.

Herzberg a. H.: 1. Arbeitslosenunterstützung abzulehnen.

2. Schließen wir uns den Anträgen Osterode a. H. an: a) die Streikunterstützung gleichmäßig zu zahlen für Groß- und Kleinstädte; b) den reisenden Kollegen in Wintermonaten 3 Pf. anstatt 2 Pf. pro Kilometer zu zahlen und zwar bis zur Höhe von 75 Kilometer pro Tag.

3. Die Zentralkasse nicht als Zuschußkasse zur Verbandskasse einzuführen.

4. Die Generalversammlung alle 3 Jahre stattfinden zu lassen.

5. Beim Ableben der Ehehälfte die Unterstützung so zu lassen, wie es im bisherigen Statut festgesetzt wurde.

6. Schließen wir uns dem Punkt 3 des von Scharmbeck gestellten Antrags einstimmig an.

Rawitsch. 1. Wenn es die Verhältnisse des Verbands erlauben, die Reiseunterstützungssätze stufenweise um etwas zu erhöhen, sowie für das Winterhalbjahr 3 Pfg. pro Kilometer zu zahlen.

2. Dem Mitglied beim Ableben die Unterstützung zu gewähren nach Länge der Mitgliedschaft, nicht beim Ableben der Ehehälfte.

3. Die Unterstützungsdauer der Zuschußkasse zu verlängern, und zwar: die Volle bis 6 Monate, für weitere 3 Monate die Hälfte.

4. Falls die obligatorische Einführung der Zuschußkasse angenommen wird, möge der Verband Marken anfertigen lassen, wo die Beitragsmarke für Verband und Zuschußkasse zusammengefaßt ist, und mithin nur einmal in das Mitgliedsbuch eingeklebt zu werden braucht.

Begründung. 1. Es macht dem betreffenden Bevollmächtigten nur die Hälfte Arbeit in den Kassenstunden.

2. Dadurch werden größere Ersparnisse gemacht, da die jetzigen Zuschußkassenmarken sowie die Quittungskarten in Wegfall kommen.

Soest. 1. Obligat. Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

2. Die Zuschußkasse weiter fakultativ bestehen zu lassen.

3. Die Generalversammlung hat eine Kommission zu wählen, die mit der Zentralkranken- und Sterbekasse in Verbindung zu treten und auf der nächsten Generalversammlung der Zentralkrankenkasse die Verschmelzung herbeizuführen hat.

4. Das Umzugsgeld ist wie bisher beizubehalten.

5. Die Reiseunterstützung wie bisher beizubehalten.

6. Die Generalversammlung alle 2 Jahre stattfinden zu lassen.

7. Die Streikunterstützung ist pro Woche um 1 Mk. bezw. 50 Pfg. zu erhöhen.

8. Der Antrag I (J. Molitor-Bremerhaven) wird unterstützt.

9. Der Antrag III (Scharmbeck) wird der Generalversammlung zur Annahme empfohlen, weil die Statistik im Verband weiter gefördert werden muß.

10. Die Vorortskommissionen sind beizubehalten und haben selbige jährlich eine Konferenz abzuhalten, ferner sind in Bezirken mit großer Tabakindustrie (z. B. Westfalen, Sachsen, Baden), besoldete Beamte anzustellen, die die Agitation und dergleichen zu besorgen haben.

11. Die Sterbeunterstützung ist wie bisher beizubehalten.

12. Aus Anlaß des Antrag III (Lippstädt) möge die Generalversammlung der Redaktion ein Vertrauensvotum ausstellen für die sachlichen wissenschaftlichen Artikel über alle zeitgemäßen Fragen, auch über den Mißbrauch der Religion zu Zwecken der Volksausbeutung und -Verdummung.

13. Die Veröffentlichungen der provisorisch Aufgenommenen im Tabak-Arbeiter ist zu unterlassen.

14. Die Quartalsabrechnungen sind im Tabak-Arbeiter zu veröffentlichen, wie es die größeren Verbände (z. B. der Maurer- und der Holzarbeiterverband) tun.

15. Die Polemiken im Tabak-Arbeiter gegenüber dem Sortiererverband sind zu unterlassen, andrerseits soll die Generalversammlung durch Annahme der Arbeitslosenunterstützung eine Verschmelzung der beiden Verbände herbeiführen.

Als Delegierter zur Generalversammlung in Dresden wurde in Vorschlag gebracht:

In **Jastrow:** Für den 1. Wahlkreis Friedr. Lau.
In **Rawitsch:** Für den 2. Wahlkreis Karl Lindner.
In **Sprottau:** Für den 3. Wahlkreis Karl Anders.
In **Brieg:** Für den 6. Wahlkreis Paul Gerstenberg.
In **Striegau:** Für den 6. Wahlkreis Paul Bänsch.
In **Seifhennersdorf-Groß-Schönau-Eibau:** Für den 8. Wahlkreis Ernst Wenzel.
In **Deuben:** Für den 11. Wahlkreis Richard Barchmann.
In **Freiberg:** Für den 11. Wahlkreis Georg Keller.
In **Oederan:** Für den 11. Wahlkreis Bruno Wittig.
In **Döbeln:** Für den 14. Wahlkreis Karl Geilert.
In **Forst:** Für den 16. Wahlkreis August Muschick.
In **Nauen:** Für den 21. Wahlkreis Albert Müllenstedt.
In **Potsdam:** Für den 21. Wahlkreis Willy Kiesel.
In **Halle a. S.:** Für den 25. Wahlkreis Paul Hudalla.
In **Teuchern:** Für den 25. Wahlkreis Franz Heim.
In **Weißenfels a. S.:** Für den 25. Wahlkreis C. Normann.
In **Schmölln, S.-A.:** Für den 26. Wahlkreis Paul Grobe.
In **Apolda:** Für den 27. Wahlkreis Herm. Baudach.
In **Erfurt:** Für den 28. Wahlkreis D. Wiesen.
In **Herzberg a. H.:** Für den 33. Wahlkreis Jos. Hoffmann.
In **Witzenhausen:** Für den 35. Wahlkreis Wilhelm Hugo.
In **Helmstedt:** Für den 37. Wahlkreis Wilhelm Jünke.
In **Wolfenbüttel:** Für den 37. Wahlkreis H. Grefe.
In **Hildesheim:** Für den 38. Wahlkreis Herm. Paulke.
In **Harburg:** Für den 40. Wahlkreis Karl Voß.
In **Minden i. W.:** Für den 50. Wahlkreis Christian Esser.
In **Holzhausen-Pyrmont:** Für den 51. Wahlkreis Kollege Klingenhagen.
In **Soest:** Für den 52. Wahlkreis Hubert Schmitz jun.
In **Frankfurt-Höchst a. M.:** Für den 54. Wahlkr. Wilh. Frey.

Löbau. Zur Berichtigung. In Nr. 5 des Tabak-Arbeiter in dem Artikel Löbau i. S. soll es richt Erbe heißen, sondern: **Böhmer wurde mit 27 Stimmen von 44 abgegebenen gewählt** und ersuchen wir, alle Stimmen im 8. Wahlkreis auf ihn zu vereinigen. (Das Manuskript ließ keine andre Deutung zu. Red. d. T.-A.)

Vom Vorstande sind ernannt:

Für **Rehna i. M.:** Wilh. Koop als 2. Bev.

Für **Kl.-Krotzenburg:** Kilian Jakob Schwab als 1. Bev., Franz Jos. Winter als 2. Bev., Peter Emil Heilmann als 3. Bev.; Adam J. Daus, Jos. Bernhard Kopp als Kontrolleure.

Für **Neustadt i. Schl.:** Emil Wagner als Kontrolleur.

Für **Oederan:** Bruno Wittig als Vertrauensmann.

Für **Sonneborn:** Ernst Wischendorf als 1. Bev., Eberhard Kranefuß als 2. Bev.; Frau Kranefuß, A. Möhring als Kontrolleure.

Für **Wusterhausen:** Willy Stüber als 3. Bev.; August Ko als Kontrolleur.

Für **Schmölln:** Paul Grobe als 1. Bev., Hugo Bäßler als 2. Bev., Herm. Herzog als 3. Bev.; Oskar Gerth, M. Benedix, Otto Fischer als Kontrolleure.

Für **Frankfurt-Höchst a. M.:** Wilh. Frey als 1. Bev., Karl Olle als 3. Bev.; Friedr. Lalendorf, Albert Engel, Philipp Batz als Kontrolleure.

Für **Eberstadt b. Darmstadt:** Joh. Ihrig als 1. Bev., Jak. Heiß als 2. Bev, Adam Gilbert als 3. Bev.; Adam Götz, Peter Schüttler als Kontrolleure.

Für **Hänichen:** Otto Kühnel als Vertrauensmann.

Für **Elstra:** Ernst Wolf als 2. Bev.; Bruno Lehnick als Kontrolleur.

Für **Küstrin II.:** Wilhelm Heidenreich als 1. Bev., Franz Lobeer als 2. Bev., Paul Lauermann als 3. Bev.

Für **Harburg:** Adolf Schulz als 1. Bev., Karl Voß als 2. Bev., Heinr. Zimmermann als 3. Bev.; W. Burmeister, B. Wiedemann, H. Pampel als Kontrolleure.

Für **Halberstadt:** Louis Michaelis als Kontrolleur.

Für **Wernigerode:** Ferdinand Salzwedel als 1. Bev., Karl Rohr als 2. Bev., August John als 3. Bev.; W. Bendert, Karl Husung, Friedr. Franke als Kontrolleure.

Für **Friedeberg (N.-M.):** Emil Märker als 1. Bev., Herm. Voß als 2. Bev., Otto Streich als 3. Bev.; Paul Militz, Fritz Horn, Auguste Voß als Kontrolleure.

Für **Eschwege:** Aug. Fricke als 1. Bev., Georg Neußüß als 2. Bev., Georg Liebesknecht als 3. Bev.; Paul Schröder, Friedr. Ebert, Ernst Hose als Kontrolleure.

Für **Oggersheim:** Franz Jos. Wenz als 1. Bev., Karl Heller als 2. Bev., Joh. Nester als 3. Bev.; Joh. Herrmann, Georg Pistori, Valentin Nothnagel als Kontrolleure.

Für **Buttstädt:** Rudolf Bönisch als 1. Bev., Georg Zeuch als 2. Bev., Otto Istland als 3. Bev.; Heinr. Peters als Kontrolleur

Griesheim. (Berichtigung.) In Nr. 5 des Tabak-Arbeiter muß es heißen: Zu Kontrolleuren sind ernannt: Friedr. Felger und Heinrich Funk und nicht Friedr. Folger und Heinrich Funsch.

Priebus. (Berichtigung.) Paul Deumlich wurde nicht als 1. Bev., sondern als 3. Bev. gewählt.

Provisorisch aufgenommen sind:

Adolf Marzahn, Gustav Boche aus Dahme, Max Mitbauer aus Zeitz. (68)

Elise Frey, Barbara Müller aus Leimen, Barbara Schäfer, Katharina Vondung aus Mundenheim, Maria Scheck aus Rödersheim, Katharina Schmitt aus Feudenheim, Elisabeth Fischer aus Mannheim, Karoline Fischbach aus Waldhof, Margarete Demmere aus Alsheim, August Maibauer aus Pasewalk. (213)

Paul Hinze aus Damm, Elise Gabriel aus Landsberg a. W. (459)

Emil Ehret, Georg Herzog, Karl Dürr, Josephine Dürr geb. Gambert aus Lahr. (203)

Friedrich Großmann aus Höfen, Rudolf Metzler aus Calmbach. (60)

Anna Kleis, Magdalena Maier aus Speyer. (332)

Max Busowski aus Schwerin a. W. (317)

Max Poles aus Flatow, Emil Thiede aus Jastrow (z. R.). (171)

Wilhelm Lehmann, Franz Zucker aus Friedeberg N.-M. (435)

Peter Traband aus Nied. (106)

Lina Henkelmann aus Sonneborn. (467)

Emilie Bartsch, Anna Wolf aus Langenbielau, Klara Bunzel aus Peterswaldau. (206)

Wilh. Grieten aus Antwerpen. (407)

Albert Nowak aus Wartenburg. (304)

Karl Lotz aus Hardegsen, Paul Bendert aus Eisleben. (96)

Albine Auguste Pötzscher aus Schöneck. (266)

Joh. Ihrig aus Zell, Adam Gilbert aus Eich, Peter Schüttler aus Pfungstadt, Elisabeth Heß, Margarete Friedrich aus Eberstadt, Margarete Lossa, Christine Müller aus Calmbach, Marie Bergsträßer aus Dratsa, Marie Schlatter aus Pfungstadt. (94)

Paul Robotta aus Rawitsch. (99)

Max Radlow aus Lieberose, Bruno Ammacher, Paul Miethke aus Kottbus (z. R.). (57)

Gertrud Kerger geb. Modell (z. R.), Gustav Bohlen (z. R.) aus Berlin, Lois Levy aus Zikors (z. R.), Karl Freitag aus Wittenberg (z. R.), Antonie Falk geb. Ertel aus Königsberg i. Pr., Marie Birkenhagen aus Frankfurt a. O., Paul Schidlo aus Berlin. (39)

Paul Baumgarten aus Elstra. (89)

Franz Fischer aus Hannover. (133)

Anna Schiller aus Elbing. (439)

Aug. Mackenthun aus Holdenstedt. (56)

Peter Ewering, Heinr. Stokherke aus Werther i. M. (471)

Wilhelm Duve aus Herzberg a. H. (163)

Heinr. Kempener aus Lippstadt (z. R.) (29)

Albert Röseke, Hedwig Heller aus Schwedt a. O. (335)

Paul Schmidt, Marie Bentien aus Spremberg, Otto Jahn aus Landsberg. (333)

Gustav Diekhoff aus Oerlinghausen. (255)

Ernst Hirsch aus Seifhennersdorf, Paul Baldauf aus Taubenheim. (307)

Paul Müller aus Schwerin a. W. (317)

Joseph Görlich aus Achthuben, Joseph Rittner aus Bielau. (287)

Friedr. Hänsel aus Helmlingen, Friedr. Koch, Ludw. Klotter aus Freistett. (240)

Anna Knippel aus Apolda. (93)

Louis Waage aus Halle (z. R.). (162)

Edmund Böhme aus Oberottendorf. (469)

August Harbsmeier aus Vlotho (z. R.), Heinrich Thies (z. R.), Karl Nagel aus Achim. (3)

Martin Richter aus Schönerstadt. (266)

Etwaige Einwendungen gegen die provisorisch Aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen. **Der Vorstand.**

Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt:

In **Wernigerode:** Bei Richard Eilhardt, Plemnitzstraße 28. An Wochentagen von 12—1 Uhr Mittags und 7½—8½ Uhr Abends. An Sonn- und Festtagen von 12—1 Uhr Mittags.

In **Friedeberg (Neumark):** Durch H. Voß, Nord-Umstr. 44. Von 12—1 Uhr Mittags und 7—9 Uhr Abends.

In **Sonneborn:** Durch E. Kranefuß, Nr. 136. Von 12 bis 1 Uhr Mittags und von 7—8 Uhr Abends.

In **Frankfurt a. M.-Höchst:** Durch Wilh. Frey, Frankfurt a. M., Gewerkschaftshaus, Stoltzestr. 13/15.

In **Elstra:** Durch E. Wolf, Schießgasse 204, I. An Wochentagen von 12—1 Uhr Mittags und 7—8 Uhr Abends. An Sonn- und Festtagen von 11—12 Uhr Mittags.

In **Tangermünde:** Durch Otto Molkenschien, Am Tanger 13. An Wochentagen von 12—1 Uhr Mittags und 7—8 Uhr Abends. An Sonn- und Festtagen von 12—2 Uhr Mittags.

In **Storkow:** Durch Max Pfeiffer, Kirchstr. 18. An Wochentagen von 12—1 Uhr Mittags und von 7—8 Uhr Abends. An Sonn- und Festtagen von 9—11 Uhr Vormittags.

In **Augsburg:** Durch F. Hofacker, Vorderer Lech 449, II. An Wochentagen von 12—1 Uhr Mittags und 7 Uhr Abends ab. An Sonn- und Festtagen von 1 Uhr Mittags ab bis 8 Uhr Abends.

In **Oederan:** Durch Rob. Geppert, Chemnitzer Straße 121, I. An Wochentagen von 12—1 Uhr Mittags und 7—8 Uhr Abends. An Sonn- und Festtagen von 12—1 Uhr Mittags.

Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, besucht Euere Versammlungen zahlreich!)

In **Apolda:** Sonntag, den 8. Februar, Nachmittags 3 Uhr, im Vorwärts. Tagesordnung: 1. Anträge zur Generalversammlung. 2. Delegiertenwahl. — Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwünscht

J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Bielefeld:** Sonntag, den 8. Februar, im Lokale des Herrn Pallmeyer, Webereistraße 5. Tagesordnung: 1. Delegiertenwahl.

2. Neuwahl der Vorortskommission und Kartelldelegierten. 3. Verschiedenes. — Sämtliche Mitglieder müssen erscheinen.
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Herford:** Sonntag, den 8. Februar, Vormittags ½11 Uhr, bei Wtw. Oberbeck, am Bergertor. Tagesordnung: Wahl des Delegierten zur Generalversammlung in Dresden. — Die Mitglieder werden gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Holzhausen:** Sonntag, den 8. Februar, Nachmittags 3 Uhr, im Lokale der Frau Hundertmark. Tagesordnung: 1. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung in Dresden. 2. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden gebeten, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Meschede:** Sonntag, den 8. Februar, Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Althaus. Tagesordnung: 1. Delegiertenwahl. 2. Verschiedenes. — Um vollzähliges Erscheinen der Mitglieder wird dringend gebeten. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Neufreistett:** Sonntag, den 8. Febr., Nachmittags 2½ Uhr, im Waldhorn in Freistett. Tagesordnung: 1. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung. 2. Wie agitieren wir, um die Zahlstelle Neufreistett zu vergrößern? Vorschlag des Kollegen Fritz Schmidt aus Hamburg. 3. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Auch Nichtmitglieder sind hiezu höflichst eingeladen. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Peesen a. H.:** Sonntag, den 8. Februar, Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Brauvers. Tagesordnung: 1. Verbandsangelegenheiten. 2. Anträge zur Generalversammlung. 3. Delegiertenwahl. 4. Verschiedenes. — Das Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich.
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Tannenberg:** Sonntag, den 8. Februar, Nachmittags 3 Uhr, in Böttchers Restaurant. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Zahlreichem Erscheinen der Mitglieder sieht entgegen
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Warfleth:** Sonntag, den 8. Februar, Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Fr. Woltje zu Weserdeich. Tagesordnung: 1. Delegiertenwahl. 2. Wahl zweier Kontrolleure. 3. Verschiedenes. — Auch die auswärtigen Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Barmbeck:** Montag, den 9. Februar, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Balke, Hamburger Straße 170. Tagesordnung: 1. Anträge zur Generalversammlung. 2. Wahl eines Delegierten. 3. Wahl eines Kontrolleurs. 4. Unsre Agitation.
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Bautzen:** Montag, den 9. Februar, Nachmittags 5 Uhr, im Restaurant Lehmann, Seminarstraße. — Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Mühlhausen:** Montag, den 9. Februar, Abends 8½ Uhr, bei Herting. Tagesordnung: 1. Wahl des Delegierten zur Generalversammlung. 2. Verschiedenes. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Peterswaldau:** Montag, den 9. Februar, Nachmittags 4½ Uhr, im Lokale des Herrn Schreier. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl eines in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Revisors. 3. Anträge zur Generalversammlung und Wahl eines Delegierten. 4. Verschiedenes.
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Schwiebus:** Montag, den 9. Februar, bei Herrn Gustav Gondolatsch. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Delegiertenwahl. 3. Verschiedenes. — Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Spremberg:** Montag, den 9. Februar, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Knorr. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung. 3. Anträge zur Generalversammlung. 4. Verschiedenes. — Das Erscheinen aller ist erwünscht. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Berlin:** Mittwoch, den 11. Februar, Abends 8½ Uhr, bei Feind, Weinstraße 11. Tagesordnung: 1. Fortsetzung von Anträgen zur Generalversammlung. 2. Wahl von zwei Delegierten zu derselben. 3. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden ersucht, wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Frankfurt-Höchst a. M.:** Mittwoch, den 11. Februar, Abends 7½ Uhr, im Adler (Höchst). Tagesordnung: 1. Wahl des Delegierten zur Generalversammlung. 2. Lokalbeiträge. 3. Verschiedenes. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Halberstadt:** Mittwoch, den 11. Februar, Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Max Bollmann, Bakenstr. 63. Tagesordnung: 1. Anträge zur Generalversammlung. 2. Wahl eines Delegierten zu derselben. 3. Oertliche Angelegenheit. — Zu dieser Versammlung sind die Mitgliedsbücher mitzubringen. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Finsterwalde:** Donnerstag, den 12. Februar, Abends 8½ Uhr, im Gesellschaftshause Naundorf. Tagesordnung: 1. Stellungnahme und Anträge zur Generalversammlung zu Dresden. 2. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung. 3. Wahl des Vertrauensmanns. 4. Verschiedenes. J. A.: **Der Vertrauensmann.**

In **Harburg a. E.:** Donnerstag, den 12. Februar, Abends 9 Uhr, im Lüssenhopschen Lokal, 1. Bergstr. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Delegiertenwahl zur Generalversammlung. 3. Kartellangelegenheiten. 4. Verschiedenes. — Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist Pflicht. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Altona:** Sonnabend, den 14. Februar, präzis 9 Uhr Abends, bei Wtw. Ebler, Norder Straße. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Unsre Generalversammlung in Dresden und event. Stellung von Anträgen zu derselben. 3. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung. 4. Wahl der Kartelldelegierten. 5. Antrag der Vorortskommission. 6. Unser Sommervergnügen. 7. Verschiedenes.
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Chemnitz:** Sonnabend, den 14. Februar, Abends 9 Uhr, in der Wartburg, Hainstraße. Tagesordnung: 1. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung. 2. Verschiedenes. — Bitte um zahlreichen Besuch. J. A.: **Der Vertrauensmann.**

In **Cönnern:** Sonnabend, den 14. Februar, im Restaurant zum goldenen Bügel, Große Freiheit. Tagesordnung: 1. Anträge zur Generalversammlung. 2. Wahl eines Delegierten. 3. Verschiedenes.
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Dessau:** Sonnabend, den 14. Februar, Abends 8½ Uhr, in Stadt Braunschweig, Leipziger Straße. Tagesordnung: 1. Anträge zur Generalversammlung. 2. Wahl eines Delegierten zu derselben. 3. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Wahl eines Kartelldelegierten. 5. Verschiedenes. — Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es notwendig, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Duisburg:** Sonnabend, den 14. Februar, Abends 8½ Uhr, bei L. Möser, Unterstraße. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Gera:** Sonnabend, den 14. Februar, Abends 8 Uhr, beim Gastwirt A. Fiedler (in der Löwenburg), Schmelzhüttenstraße. Tagesordnung: 1. Wahl des Delegierten zur Generalversammlung. 2. Anträge der Mitglieder. 3. Verschiedenes.
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Breslau:** Sonntag, den 15. Februar, Nachmittags 3 Uhr, im Gewerkschaftshause (Zimmer 1). Tagesordnung: 1. Wahl des Delegierten zur Generalversammlung. 2. Arbeitslosenunterstützung. 3. Verschiedenes. — Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Offenburg:** Sonntag, den 15. Februar, Nachmittags 2 Uhr, im Mundinger (hinteres Lokal). — Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen notwendig.
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Scharmbeck:** Sonntag, den 15. Februar, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Wtw. Wohltmann. Tagesordnung: 1. Zweck und Nutzen des Verbandes. Referent: K. Deichmann-Bremen. 2. Diskussion. 3. Anträge zur Generalversammlung. 4. Delegiertenwahl. 5. Verschiedenes. — Ohne Mitgliedsbuch kein Wahlrecht.
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

Am Sonntag, den 15. Februar, Nachmittags 1 Uhr, findet in **Kleinsteinheim** im Gasthaus zum Stern eine **Konferenz** des 54. Wahlbezirks statt. Der wichtigen Tagesordnung halber ist zahlreiches Erscheinen erwünscht. J. A.: **Konrad Graebener,**
1. Bevollm., Hanau, Nordstraße 56.

Kl.-Krotzenburg. Reiseunterstützung wird hier bis auf weiteres nicht mehr ausgezahlt.
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

Reinfeld i. Holst. Ersuche die Kollegen, ihre Beiträge zu begleichen zwecks Abrechnung, widrigenfalls nach dem Statut verfahren wird. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

Tangermünde. Den reisenden Verbandsmitgliedern empfehlen wir die Herberge Gasthof zum Hofjäger, Lange Fischerstraße. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

Adressenänderungen:

Für **Hänichen:** Der Vertrauensmann wohnt Rippien Nr. 49 (Bez Dresden).

Für **Oederan:** Der Vertrauensmann Bruno Wittig wohnt Altmarkt 84, I.

Für **Zerbst:** Der 1. Bevollmächtigte wohnt jetzt Zerbst, Priegnitz 8

Rohtabak-Versand-Haus S. Alexander

Gegr. 1854. **Vallendar a. Rh.** Gegr. 1854.

Prima 1901 Pfälzer	von 0.65—0.78 Mk.,	verzollt
Vorstenland Einlage	0.95 „	„
Vorstenland Umblatt	von 1.20—1.35 „	„
Lomadjang Umblatt	von 1.00—1.25 „	„
Sumatra S. Laukat X S 2	1.50 „	„
Senembah My SP BS 1	2.60 „	„
T/R/Deli/BB 2	2.80 „	
Sumatra Decke	von 2.00—4.50 „	
Felix-Brasil	von 1.00—1.30 „	

Versand unter Nachnahme.

Empfehle meine **gesunden, tadellos brennenden**

Roh-Tabake

für Zigarren-Fabrikation

in allen Sorten und zu **äusserst billigen Preisen.**

Sumatra-Decker, 1., 2. u. 3. Länge, Vollblatt, hell, mittel und dunkel, von 130—400 Pfg.
Sumatra-Umblatt von 105—115 Pfg.
Felix-Brasil von 85—105 Pfg.
Felix-Brasil-Decker von 160 Pfg. an
Vorstenlanden-Decker v. 150 bis 250 Pfg.
Java-Umblatt von 95 Pfg. an
Java-Einlage von 80 Pfg. an
Domingo, prima großblattige Ware, 80, 90, 100 Pfg.
Carmen, prima großblattige Ware 80—110 Pfg.
Seedleaf von 85—120 Pfg.

Ferner empfehle ich mein vorzügliches, aus rein überseeischen Tabaken bestehendes, sehr blattiges **Losgut** (gemischte Umblatt- und Einlage-Tabake) zu 75 Pfg., in Bahnkolli von 30 Pfund an zu 72 Pfg. **Preise** verstehen sich **verzollt** und per Pfund. Versand nur **gegen Nachnahme.**

Albert Steen, Bremen.

En gros. **Rohtabak-Verkauf.** En detail.

Grosse Auswahl in den verschiedensten Sorten und Sortierungen schöner **Sumatra, Borneo, Java, Havanna, Mexiko, Cuba, St. Felix, Seedleaf, Domingo, Carmen** u. echten alten **1900er** u. **1901er Uckermärker Tabaken.**

Ganz besond. mache ich auf folgende Tabake u. Preise aufmerksam

Sumatra, ganz hell, feine Farben u. Brand, Vollblatt, deckt 1½ Pfd.	à Pfd.	250 ₰
Borneo, Vollblatt, 2. Länge, schneeweißer Brand, hell und hellbraun	à Pfd.	200 ₰
Sumatra, 2. und 3. Vollblattlängen, zart und schöner Brand	à Pfd.	180—250 ₰
Sumatra, 1. u. 2. Vollblattlängen, ganz hervorragende Marke u. selten schöne Farben, Brand u. Qualität hellbraun u. ganz hell	à Pfd.	250—450 ₰
Havanna, Umbl. u. Einl., feine (Vuelta)	à Pfd.	175—250 ₰
Cuba u. Mexiko, Einlagen, Umblatt und Deckblatt	à Pfd.	150—250 ₰
Java, Umblatt (Bezocki), leicht, großblattig, fast alles Deckblatt, schneeweißer Brand	à Pfd.	125 ₰
St. Felix Cruz u. Almas, Umblatt, Einlage u. Deckblatt		100—140 ₰
Carmen, Umblatt, kastanienbraune Farben, großes, zartes Umblatt		100—120 ₰
Wickelformen, gebrauchte und neue, moderne Fassons	per Stück	40—120 ₰
Prima Losgut, rein und gesund, aus keinen Wasser- od. Brandbeschädigungen		80—90 ₰
Havanna Deckblatt, Ia.		600 ₰

Carl Schäche, Görlitz.

Ein tüchtiger **Wickelmacher** gesucht. Lohn 3.50 Mk. per Mille und darüber. **Otto Schmidt, Eberswalde, Markt 8.**

Ein verheirateter **Zigarrenarbeiter,** dessen Frau als Wickelmacherin auf alle Fassons eingearbeitet ist, sucht wegen Aufgabe der Fabrik anderweitig dauernde Arbeit. Auskunft erteilt **Robert Nitsche,** 1. Bev., **Olbersdorf bei Frankenstein** (Schlesien).

Rohtabak.

Alle Sorten **in- und ausländischen Tabak** versendet billigst
Hermann Helmbold
Mühlhausen i. Th.

Ein junger, tüchtiger, verheirateter **Zigarrenarbeiter** sucht alsbald Kommission oder Hausarbeit. Offerten unter **E. K.** sind in der Expedition dieses Blattes niederzulegen.

H. Edling

Bremen-Neustadt

empfiehlt als preiswert:
Sumatra Decker per ½ kg 120, 130, 140, 150, 160, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 280, 300 und 320 ₰; **Sumatra Umblatt** per ½ kg 90, 95, 100, 105, 110, 120 Blätter 90 ₰, **Java Decker** per ½ kg 130, 140, 160, 180 ₰; **Java Umblatt** per ½ kg 80, 85, 90, 95, 100, 105, 110, 125 ₰, **Java Einlage** per ½ kg 70, 75; 80, 85 ₰; **Mexiko Decker** per ½ kg 160, 180, 200, 220 ₰; **Mexiko Umblatt** per ½ kg 100, 110 ₰; **Brasil Decker** per ½ kg 140, 150, 160, 180 ₰ **Brasil Einlage** und **Umblatt** per ½ kg 85, 90, 95, 100, 105, 110, 120, 130 ₰; **Carmen Umblatt** per ½ kg 75, 80, 85, 90, 100 ₰; **Domingo Umblatt** per ½ kg 70, 75, 80, 85, 90, 100 ₰; **Seedleaf Umblatt** per ½ kg 80, 85, 90, 100, 110 ₰; **Losgut Einlage** und **Umblatt,** rein überseeisch, 70 und 75 ₰; **Gemischte Original-Tabake** 80 ₰; **losen Domingo** 70 ₰; **losen Carmen** per ½ kg 70 ₰.

Preise verzollt. Versand unt. Nachnahme.
Kredit nach Uebereinkunft.

Roh-Tabak.

Sumatra Decke, Vollblatt, 2. Länge, helle bis mittlere Farben, 155 bis 250 ₰. **St. Felix Brasil Decke,** 155 bis 180 ₰. **Domingo,** Umblatt, FF, 95 ₰. **Java Umblatt,** Pfd. 95 ₰. **Carmen,** Umblatt, 75 bis 90 ₰. **Seedleaf,** Umblatt, 95 ₰. **Carmen,** Einlage, 70 ₰. **St. Felix Brasil Einlagen,** reelle blattige Ware, 85 bis 105 ₰; billigst.
Preise verzollt. Versand geg. Nachnahme.

Richard Beermann
Bremen, Nordstraße 2 E.

Ia. Grus, ff. amerikanisch, 40 ₰. großbl., deutsch, 50 ₰.
Div. **Rohtabake, extra** billig, offeriert
Kemmler Nfgr., Breslau 6.

Gelegenheitskauf.

Großer Posten
Carmenblätter
gesund, meist Umblatt, zu 24 Pfg. pro Pfund in Ballen von zirka 270 Pfd.
Briefe unter **D. 92** an **Wilh. Scheller** in **Bremen.**

F. Reil, Bremen

Weizenkampstraße 187

Rohtabak-Handlung.

Sumatra Decke, per Pfd. 160, 180, 200, 220 u. 250 ₰. **Gemischtes loses Gut,** gesund, bestehend aus nur überseeischen Tabaken, als Einlage und Umblatt aufzuarbeiten, per Pfd. 70 ₰. **Seedleaf Umbl.,** per Pfd. 85 ₰. **Carmen,** per Pfd. 70, 75, 80 ₰. **St. Felix Brasil,** per Pfd. 75, 85, 95, 100, 110 ₰. Die Preise verstehen sich verzollt ab Bremen.

Eine junge, anständige, perfekte
Wickelmacherin
welche auch rollen kann, findet sofort angenehme Stellung. Wickel per Mille 3.00 Mk. bei gerippter Einlage. Näheres erteilt **F. Künzel,** Zigarrenfabrikant, **Triebes** (Reuß).

Gelegenheits-Einkauf!

Sumatra Deli, 2. Länge, hell und mittelfarben, **160—180** ₰ pro Pfd., **Domingo FF a 90** ₰ pro Pfd., verzollt unter Nachnahme. Garantiert schneeweiß brennend.
C. Strohmann, Bremen.

Ein **Zigarrenarbeiter,** der auch sortieren kann und die Meisterstelle ununterbrochen 12 Jahre bei 20—30 Leuten geleitet hat und dessen Frau als Wickelmacherin auf alle Fassons eingearbeitet ist, sucht wegen Aufgabe der Fabrik anderweitig dauernde Stellung. Auskunft erteilt **Robert Nitsche,** 1. Bev., **Olbersdorf bei Frankenstein** (Schlesien).

Ein verheirateter und zwei jüngere **Zigarrenarbeiter,** auf alle Fassons gut eingearbeitet, suchen baldigst dauernde Stellung, am liebsten, wo Wickel geliefert werden. Gefällige Offerten sind zu richten an **Gust. Rupp,** 2. Bev., **Pasewalk, Gr. Kirchenstraße 22.**

Ein solider **Zigarrenarbeiter,** der selbst Wickel macht, sucht sofort dauernde Stellung. Gefällige Offerten unter **O. R.** an die Exped. d. Blattes.

Alfred Jacob aus **Schwiebus,** wo steckst Du? Um Deine Adresse bittet **H. Kroschel, Pasewalk, Roßstr. 5.**

Bruno Börner aus **Neuhausen,** wo steckst Du? Um Deine Adresse bitten **P. M., F. K., M. D., E. Sch., G. U., B. B., Tannenberg.**

Wir ersuchen den Zigarrenmacher Herrn **Gottlieb Sperling** aus **Ohlau,** uns über seinen Verbleib in Kenntnis zu setzen. Wir bitten die Herren Kollegen, die etwas von seinem Verbleib wissen, uns zu benachrichtigen.
Familie Sperling
Ohlau i. Schl., Gruberweg Nr. 8.

Unsrem Kollegen u. 1. Bevollmächtigten **Hermann Kaufmann** und seiner Braut **Klara Bayer** aus **Treuenbrietzen** zu ihrem am 8. Februar stattfindenden Hochzeitsfest die herzlichsten Glückwünsche.
Die beid. grössten Nasen in Treuenbrietzen.

Unsrem Freund u. 1. Bevollmächtigten **Herm. Kaufmann** nebst Braut zu ihrer am 8. Februar stattfindenden Hochzeit die besten Glückwünsche.
Die Kollegen von Treuenbrietzen.

Unsrem Kollegen **Wienand Esser** nebst Gemahlin zu ihrem am 8. Februar stattfindenden silbernen Hochzeitsfest die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle Koburg.

Roh-Tabak!

Verzollt.

Versende von 9 Pfund an fracht- und portofrei: **Sumatra** 1.—, 1.10, 1.20 bis 5.— ℳ per Pfd. **Havanna** 1.30, 1.80, 2.— bis 7.— ℳ per Pfd. **Mexiko** 0.90, 1.20, 1.50 bis 4.— ℳ per Pfd. **St. Felix Brasil** 0.90, 1.—, 1.10 bis 2.40 ℳ per Pfd. **Domingo** 0.70, 0.80, 0.90 bis 1.30 ℳ per Pfd. sowie u. a. offeriere alle sonstigen gangbaren Sorten Tabake zu den bekannt billigsten Preisen.

Ad. Hinsch
Altona bei Hamburg.

Roh-Tabak

Billigste Preise.
Richard Schwarz, Berlin O.
Richthofenstraße 31.

Rohtabak!

Carl Roland, Berlin SO., Kottbuser Str. 3a (gegründet 1871) empfiehlt **Sumatra,** per Pfund 1.60, 2.30, 2.80 (hell), 3.30 ℳ und höher. Alle anderen Tabake zu Amsterdamer u. Bremer Markt-Preisen. Sämtliche Tabake sind nur gesunde, wirklich brauchbare Ware.

Junger **Zigarrenmacher** sucht bis zum 15. Februar Stellung, am liebsten in Thüringen. Offerten sind zu richten an den Bevollmächtigten **G. Zench** in **Buttstädt.**

Unsrem Kollegen u. 1. Bevollmächtigten **David Sussmann** zu seinem am 11. d. M. stattfindenden 62. Wiegenfest ein donnerndes Hoch.
Die Kollegen d. Schwartingschen Fabrik in Warfleth, H. V. O. U. J. E.

Unsrem Freund und Kollegen **Gerh. Hückelkamp** zu seinem am 5. Februar stattgefundenen **großjährigen** Geburtst. ein 9999999 mal donnernd. Hoch.
Die Kollegen der Wiedelmannschen Fabrik in Langendreer.

Todes-Anzeigen.

Am 22. Januar starb nach schwerem Leiden unser Kollege **Karl Söhndel** im Alter von 52 Jahren. Er war Mitglied beider Kassen.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Zahlstelle Ohlau.

Am 30. Januar verschied nach kurzem schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied, Frau **Wilhelmine Großklaß** im 46. Lebensjahr an Herzlähmung.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihr
Die Mitglieder der Zahlstelle Schwedt a. O.

Am Freitag, den 30. Januar 1903, verschied nach längerem Leiden der Kollege **Heinrich Driesel** aus **Güstrow** im Krankenhause.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Zahlstelle Bremen.

Briefkasten.

Vereins-Inserate müssen gestempelt sein. — Andre Inserate sind vorher zu bezahlen. Bei Einsendung der Beträge ist stets die Nummer des Blattes mit anzugeben.

Koll., Tannenberg 40 ₰. — **Koll., Langendreer** 60 ₰. — **O. Sch., Eberswalde** 40 ₰. — **G. R., Pasewalk** 30 ₰. — **Koll., Treuenbrietzen** 70 ₰. — **F. K., Triebes** 80 ₰. — **Koll., Warfleth** 60 ₰. — **Koll., Koburg** 60 ₰. — **H. H., Treuenbrietzen** 50 ₰.

Verantwortlicher Redakteur: F. Geyer, Leipzig, Südstraße 59, — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.